

Sozialdemokrat

№. 21

1091
An die Kreisvereinschafts
Kommissionen



der sozialdemokratischen Arbeiterpartei
tschechoslowakischen Republik.

Posten-Nr. 37.

Freitag, 16. Dezember 1922.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post

monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzzährig . . . 192.—

Kündigung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einlegung des
Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

Nr. 295.

Vergebliche Mühe.

An der Spitze des Strebens der Kommunisten steht die Schädigung der Arbeiterbewegung durch die Unterwühlung, Aushöhlung und Zertrümmerung der nichtkommunistischen sozialistischen Arbeiterparteien und Gewerkschaftsorganisationen. Diesem Ziel zustreben haben die Moskauer Exekutive und deren Sektionen in den einzelnen Ländern noch nicht einen Augenblick aufgehört. Es wurde den kommunistischen Parteien denn auch auf dem eben in Moskau abgehaltenen „Weltkongress“ der dritten Internationale von Sinowjew aufs neue eingeschärft, diese Aufgabe „mehr als alles andere im Auge zu behalten“. Den bolschewistischen Moskauer Charlatanen ist die Sozialdemokratie der „wichtigste internationale Faktor der internationalen Konterrevolution“ und sie wissen, daß der Weg ins Verderben der Arbeiterklasse nur über die Leiche der Sozialdemokratie führen kann. Darum hat ihr Sinowjew noch in Moskau die organisatorische Vereinigung mit den Sozialdemokraten als das „größte Verbrechen“ bezeichnet. Derselbe „Weltkongress“ hat aber beschlossen, das Schlagwort der proletarischen Einheitsfront neu aufgebügelt als Parole für die kommunistischen Parteien herauszugeben, denen damit der Auftrag zuteil wurde, mit dem „wichtigsten Faktor der Konterrevolution“ eine Front gegen die soziale und politische Reaktion der Kapitalistenklasse zu bilden. Und in Durchführung dieses Beschlusses hat der Moskauer „Weltkongress“ an die zweite Internationale und die Wiener Arbeitsgemeinschaft in der den Moskowitern eigenen pompösen Form einen „Offenen Brief“ veröffentlicht, der trotz der Erklärungen Sinowjews eine heftige Sehnsucht nach gemeinsamem Vorgehen mit den sozialistischen Parteien vorzuspiegeln sucht.

Proletarische Einheitsfront! Nie wurde ein idealer Begriff schändlicher mißbraucht, als hier! Nach außen suchen die Moskauer glauben zu machen, es ginge ihnen darum, die Macht der Arbeiterklasse zu stärken, als ob nicht gerade sie es gewesen wären, deren größtmögliche sinnlose Parolen und deren gewissenlose Falschdeutpolitik die Arbeiterklasse in vielen Ländern geschwächt, in den anderen der Bourgeoisie direkt ins Messer geliefert hätte! Man müßte ein Kind oder ein Narr sein, um zu glauben, es wäre den Kommunisten um die Sache, die Besserung der Lage und der Position der Arbeiterklasse zu tun. Nicht nur Sinowjew, auch Nabel hat in Moskau verkündet, wie er sich die „Einheitsfront“ vorstellt und welchem Zwecke sie dienen soll. Er äußerte das „feste Zutrauen“, daß dieser Weg „der Sozialdemokratie zum Schaden gereichen werde“. Das Schlagwort der Einheitsfront, so versicherte Herr Nabel weiter, sei aus der Ueberzeugung der Moskauer Exekutive entstanden, „daß die Kommunisten die Sozialdemokraten in der Umarmung erdrücken werden“. Und an einer anderen Stelle lobte Sinowjew die tschechoslowakische kommunistische Partei, die „richtig manövriert“ und die Einheitsfronttaktik gegenüber den Sozialdemokraten und den tschechischen Nationalsozialisten „meisterhaft angewandt“ habe, woran er die Hoffnung knüpfte, die praktische Anwendung der Taktik der Einheitsfront werde „auch in diesem Bande glänzend vor sich gehen“. Also Zertrümmerung aller anderen Arbeiterparteien zugunsten der dunklen Zwecke der Moskauer Diktatoren ist das Ziel, dem auch das lügenhafte Verlangen nach Herstellung der Einheitsfront dienen soll. In der „Umarmung“ soll die Sozialdemokratie „erdrückt“ werden. Dabei stellen sich die guten Leute erstaunt, daß wir nach ihren liebevollen „Umarmungen“ kein Verlangen tragen und es ablehnen, auf ihre Einheitsfront-Täuschungskomödie hineinzufallen.

Da die Kommunisten zweifellos versuchen werden, unsere Weigerung, auf den Koftäuscherkniff ihrer neuesten Parole einzugehen, als Begehrigkeit der Vereinigung der Kräfte des Proletariats umzudeuten, so muß daran erinnert werden, wie sie selber noch vor kurzem zur Frage der drei Internationalen gestanden sind. Als im Frühjahr dieses Jahres in Berlin die bekannte Konferenz der drei Internationa-

Gegen die Besetzung des Ruhrgebietes.

Ein Antrag der französischen und belgischen Sozialisten auf dem Weltfriedenskongress.

Brag, 15. Dezember. Die Kommissionen des Weltfriedenskongresses haben gestern abends ihre Arbeiten beendet. U. a. wurde beschlossen, den Antrag des französischen Gewerkschaftsbundes, der französisch-sozialistischen Partei und der belgischen Delegation anzunehmen, worin sie gegen die Besetzung des Ruhrgebietes aussprechen.

Optimismus in Berlin.

Amerika will aktiv an der Lösung der Reparationskrise mitwirken.

Berlin, 15. Dezember. (Eigenbericht.) Der Staatssekretär a. D. Bergmann ist heute zur Berichterstattung in Berlin eingetroffen. Er hat nach der Beendigung der Londoner Konferenz Gelegenheit gehabt, mit Bonar Law und den anderen maßgebenden Persönlichkeiten Englands Rücksprache zu nehmen und dürfte daher über die Auffassung der alliierten Ministerpräsidenten gut unterrichtet sein. Man sieht seinem Berichte mit Optimismus entgegen und die Regierung will ihre weitere Taktik nach seinem Berichte einstellen. Es besteht die Absicht, neben den Vorschlägen, die in London bereits gemacht wurden und die auf eine Zwischenlösung hinauslaufen, konkrete Vorschläge zu einer endgültigen Lösung auszuarbeiten. Vor allem wird die Regierung be-

strebt sein, Garantien zu bieten. Ob allerdings die Industrie zu Garantien bereit ist, kann man vorläufig nicht sagen.

Wichtig wird bei den kommenden Verhandlungen die Haltung Amerikas sein, das die erste Absicht zu haben scheint, aktiv an der Lösung der Reparationskrise mitzuwirken. Die Regierung Cuno hat bis jetzt nur das Erbe der Regierung Birck verwaltet, die die Vorbereitungen zur Londoner Konferenz getroffen und mit Amerika Fühlung genommen hat.

Die optimistische Auffassung der Lage spiegelt sich im Zurückgehen der ausländischen Kurse an der Börse und in der allgemeinen Zurückhaltung beim Wareneinkauf. Man erwartet schon eine Abfahrtskrise.

Poincaré bleibt unnachgiebig.

Paris, 15. Dezember. In der heutigen Kammer Sitzung ergriff Ministerpräsident Poincaré das Wort und führte aus: Die allgemeine Lage hat sich seit einem Monat nicht verschlechtert, im Gegenteil verbessert. Die Orientkonferenz geht unter den Verhältnissen weiter, wie ich sie der Kammer auseinandergesetzt habe. Auch im weiteren Verlaufe hat das vollkommenste Einverständnis mit den Alliierten bestanden. „Wir werden“, so fuhr Poincaré fort, „unseren Alliierten und den Abgeordneten von Angola die Treue bewahren. Die Türken werden nicht die Verantwortung für den Zusammenbruch der Friedenskonferenz übernehmen und werden sich nicht der Gefahr aussetzen, den Krieg im Orient wieder anzulassen. Frankreich wird alles tun, um mit den Alliierten diese Gefahr zu beseitigen.“

Poincaré sagte weiter, um eine enge Gemeinschaft mit den Alliierten aufrecht zu erhalten, habe er sich nach London begeben, um dort über das Problem der Reparationen und der interalliierten Schulden

vor der Vollkonferenz in Brüssel zu verhandeln. Die Londoner Besprechungen — er zögerte nicht, es auszusprechen — haben in der freundschaftlichsten Atmosphäre stattgefunden, auf keiner Seite habe es Hintergedanken gegeben; wo Meinungsverschiedenheiten aufgetreten sind, hätten die Beteiligten nach Möglichkeit gesucht, sich zu verständigen. Er wolle nicht die Gegenwart mit der Vergangenheit vergleichen, aber der gegen Frankreich in so ungerechter Weise vorgebrachte und verbreitete Vorwurf des Imperialismus werde in britischen Regierungskreisen niemals Widerhall finden. Poincaré unterstrich noch einmal den freundschaftlichen Charakter der Besprechungen in London, die nur bis zum 2. Jänner hinausgeschoben wurden und die vor dem Zahlungstermin, dem 15. Jänner, wieder beginnen werden, an welchem Tage das Moratorium ein Ende hat. Poincaré sagt dann die deutschen Vorschläge zur Stabilisierung der Mark und zur Festlegung der deutschen Reparationsschuld im Hinblick auf ein Moratorium für sämtliche Verzinsungen und sämtliche Zahlleistungen zusammen.

Poincaré fährt fort, daß es sich Deutschland darum gehandelt habe, den Zahlungssplan von 1921 umzuwickeln, die deutschen Schulden herabzusetzen und ein Moratorium von 4 oder 5 Jahren zu erlangen, ohne eine von den Alliierten erwünschte Reform anzunehmen, nämlich, was die Einführung der Steuern, die Stabilisierung der Mark usw. betrifft. Die These der Herabsetzung der deutschen Schuld sei, wie man weiß, auch die These zahlreicher Finanzleute, aber Frankreich, das hauptsächlich interessiert sei, wird am Ende dieses Jahres für Deutschland 100 Milliarden verausgabt haben.

Frankreich könne also nicht auf seine Forderung verzichten.

Poincaré bespricht sodann die Höhe der Kriegsschulden der verschiedenen Nationen untereinander. Sie machen den Gesamtbeitrag von 72.224 Millionen aus. Gebe es den geringsten Vergleich zwischen diesen Schulden und den deutschen Schulden? Gewiß nicht! (Lebhafte Beifall.) Die alliierte Schuld sei für die gemeinsame Verteidigung der Welt an Stelle kämpfender Völker abgeschossen worden und es handelt sich ausdrücklich um Kriegskosten und die Kosten für den gemeinsamen Sieg. Die Alliierten hätten hoffen dürfen, daß die Kriegskosten, die sie untereinander teilten, zu Lasten Deutschlands gestellt würden.

Sehen wir, sagte Poincaré, den Friedensvertrag nach. Im Artikel 231 erklärt sich Deutschland den Alliierten gegenüber verantwortlich für alle Verluste und Schäden, die der Krieg verursacht hat. Im Art. 232 erklären die Alliierten, daß die Hilfsquellen Deutschlands es nicht gestatten, alle Verluste und Schäden zu reparieren, aber sie erklären, daß Deutschland und seine Verbündeten die an Personen und Sachen verursachten Schäden reparieren müssen. Die Alliierten müssen also den Gedanken, sich für alle Verluste und Schäden entschuldigen zu lassen, aufgeben. Aber sie hätten der Wiederentwöhnung der verursachten Schäden eine Priorität vor den Kriegsschulden zuerkennen. Die Alliierten könnten also unter sich die Zahlung der Kriegsschulden nicht verlangen, bevor Deutschland nicht die Kriegsschulden repariert hat. Wenn die Alliierten strenger behandelt würden, als der für den Krieg verantwortliche Besiegte, wäre dies eine Ungerechtigkeit, die am wenigstens zu dulden wäre. Frankreich hat keinerlei Absicht, seine Schulden zu verkleinern, aber es könne sie weder de jure noch de facto bezahlen, bevor es selbst Bezahlung von Deutschland erhalten hat.

Nach Poincaré ergriff Dandet das Wort und schlug die Behandlung der eingegangenen Interpellationen, vor allem die seiner eigenen vor. Der Regierungsantrag auf Verlegung der Diskussion über die Erklärung Poincarés wurde hierauf mit 288 gegen 233 Stimmen abgelehnt, endet somit mit einer

Niederlage der Regierung,

die erklären ließ, daß sie einer Diskussion der Erklärung Poincarés über die Londoner Konferenz

len über Veranlassung der Wiener Arbeitsgemeinschaft einberufen wurde, welche die internationale Einheitsfront des Proletariats zu schaffen bestimmt war, da hatten die russischen Kommunisten für diesen Gedanken nur Spott und Hohn übrig. Wohl gab die Konferenz die Parole zu einer einheitlichen Demonstration am 20. April heraus, aber in einer Reihe von Ländern unternahmen es die Kommunisten, die Durchführung der Parole zu sabotieren. Schon auf der Berliner Konferenz erklärte Sinowjew, die Parole der Einheitsfront gelte nur für die kapitalistischen Länder, nicht aber für die Sowjetrepublik. In Rußland, das damals schon auf dem Wege der Entwicklung zum kapitalistischen Staate war, lehnte also damals die herrschende kommunistische Partei nicht nur jede gemeinsame Kundgebung mit den sozialistischen Parteien ab, sie verweigerte auch den sozialistischen Parteien jede Möglichkeit selbständig für die von der Berliner Konferenz festgesetzten Ziele zu demonstrieren. Und gleichzeitig setzten die Moskauer Gemaltherrn ihre Schreckensherrschaft mit der Verfolgung der Anhänger der sozialistischen Parteien in Rußland fort.

Da nun alle anderen Parolen der Kommunisten, mit denen sie seit Jahren die Aufmerksamkeit der Massen auf sich zu lenken suchten, nicht mehr ziehen wollen, suchte der Moskauer Kongress das bedenklich wankende Parteigebäude der kommunistischen Parteiorganisation durch die Herausgabe des neue-

sten „Schlagers“ zu stützen. Bei uns möchten die Kommunisten vor allem die Not der Massen der Arbeitslosen als Vorspann benutzen, indem sie ihnen für den Fall der Durchsetzung ihrer Einheitsfrontwünsche Hilfe versprechen. Würden die sozialistischen Parteien auf das Ansinnen der kommunistischen Demagogen eingehen und sich mit ihnen auch nur in Verhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen einlassen, die Herren Kommunisten hätten dann, wie man ihre Praxis schon ausreichend kennt, nur die eine Sorge: die Sozialdemokraten zu „entlarven“. Nicht im Traume fiele es ihnen ein, die Einheitsfront wirksam werden zu lassen, das Um und Auf ihrer Leistung wäre, zu stärken, alle Anregungen demagogisch zu überbieten, alle zu wählenden Mittel bedenkenlos hinauszulizitieren. Daß eine Einheitsfront mit den Gaullern anders möglich wäre, als durch Unterordnung aller anderen Arbeiterparteien unter ihr Diktat und durch blindgläubiges Annehmen aller ihrer „Kampfpromen“, die sie in Mengen gebären, wie Kaninchen ihre Jungen, das wies man lange genug, um zu erkennen, daß ihre Einheitsfront nicht eine Verbindung von Gleichen mit Gleichen wäre, sondern eine unwürdige Unterstellung unter ihr Diktat. Für eine Einheitsfront der „Entlarbung“ danken wir bestens; Verbündete, welche eine gute Sache nur dazu benutzen wollen, um auf der Lauer zu liegen, den Augenblick abwartend, da sie ihr Verleumdertilet heimtückisch in den Rücken der an-

deren Verbündeten stoßen können, lehnen wir ab.

In der Arbeitslosenfrage haben die kommunistischen Heilsfinder bis nun nicht das allergeringste getan, sie haben sanft geschlummert, als die Sozialdemokraten schon längst alle Kräfte eingesetzt hatten, um den Arbeitslosen ihr trauriges Los möglichst zu erleichtern. Am allerwenigsten brauchen daher die Sozialdemokraten eine Injektion durch die Kommunisten abzuwarten, um auch weiter für die Arbeitslosen und für die Milderung der Härten der Wirtschaftskrise tätig zu sein. Wenn die Kommunisten vernünftige Vorschläge auf diesem Gebiete stellen sollten — welcher Art ihrer Betätigung auch nichts im Wege steht — werden sie die Unterstützung unserer Partei gewiß finden. Dazu bedarf es keiner „Einheitsfront“, die den Kommunisten doch nur wieder zur Hege und der Verleumdung der andern, mit denen sie jetzt die Verbindung suchen, dienen soll.

Die Kommunisten täuschen sich, wenn sie glauben, ihr jüngstes Schlagwort werde das Sinken ihres Sternes aufzuhalten vermögen. Ihre Mühe, die sie aufwenden, um ihren verbliebenen Glanz neu aufzubügeln, wird eine vergebliche sein. Der Kampf gegen die Folgen der Wirtschaftskrise, wie gegen die politische und soziale Reaktion ist ein zu ernster, als daß man es zulassen könnte, daß er von den Moskauer Sendlingen und Söldnern zu demagogischen Märgen mißbraucht werde.

nicht zustimmen könne. Die Kammer ging dann in die Behandlung weniger bedeutender Interpellationen ein.

Die französische Regierung hat England und Amerika für Bezahlung dieser Schulden deutsche Obligationen in der gleichen Höhe angeboten. Das erste Mal, als er nach London gegangen sei, sei er auf eine Balfournote gestoßen, diesmal habe er Fortschritte erzielt und die Möglichkeit ins Auge gefaßt, eine Sonderregelung zu treffen, ohne auf die Entscheidung der Vereinigten Staaten zu warten. Verhandlungen seien eingeleitet und man könne an eine europäische Regelung denken, ohne das Frankreich etwas von dem opfern müsse, was Deutschland ihm schulde.

Poincaré führte dann aus, wie die Dinge vor der Reparationskommission liegen. Diese habe sich bekanntlich hinsichtlich der von Deutschland zu fordernden Garantien in zwei Gruppen gespalten. Poincaré hält es für notwendig, daß die Kommission zusammen mit dem Garantiekomitee eine Kontrolle der deutschen Finanzen übernehme, damit die Mark sich nicht weiter verschlechtern könne, eine Kontrolle, die um Unregelmäßigkeiten und Verschwendung zu verhindern, mit einem Vetorecht verbunden sein müßte.

Die Leistungen Deutschlands.

Poincaré fuhr fort: „Wir haben nunmehr über ein neues Moratoriumsverlangen zu entscheiden. Seit Jänner 1921 lebt Deutschland unter dem Regime des Moratoriums. Am Monat März habe die Reparationskommission entschie-

den, daß Deutschland 720 Millionen Goldmark zu leisten habe. Davon seien 450 bezahlt, der Rest aber in sechsmonatige Wechsel umgewandelt. Deutschland habe nur für 900 Millionen Goldmark Zahlleistungen erstatet, im ganzen also 1.400 Millionen Goldmark bezahlt, anstatt 2 Mrd. Mark. Poincaré geht dann auf eine Besprechung der letzten Deutschlands im Jahre 1922 über. 500 Millionen habe Deutschland noch zu zahlen, dann kämen die Befahrungskosten und schließlich der Anteil Frankreichs. Das gesamte deutsche Nationalvermögen könne beschlagnahmt werden: die englische und die französische Forderung in dieser Richtung leicht konstatieren ab. Nach dem Vorkriegsstand und dem Abbruch sei das Vermögen des Schuldners immer ein Pfand für den Gläubiger.

Poincaré fährt fort, Frankreich habe niemals den Gedanken gehabt, und werde ihn niemals haben, eine militärische Expedition durchzuführen. Es will auch Deutschland keine Strafanstalten auferlegen, aber es will in dem Maße bestraft sein, in dem es möglich ist. Wenn wir aber zu unfreiem Verhalten gezwungen sein würden, sollten wir vorziehen und unsere Maßnahmen zu treffen, denn wir werden es niemals anders als auf gemeinsames Konto unternehmen. Poincaré unterstreicht dann den großen Wert, den ein gemeinsames Vorgehen mit Bonar Law, Mussolini und Clemens gewirkt habe, als man den unannehmbaren Vorfall zurückwies, der versucht hat, die Handelsbeziehungen der deutschen Großindustrie zu konsolidieren.

Annahme des Staatsvoranschlages im Senat.

Klagloses Funktionieren der Abstimmungsmaschine — Die Anträge unserer Genossen laßt ausnahmslos abgelehnt.

Der Staatsvoranschlag wäre somit nach dem Willen der Koalitionsparteien unter Dach und Fach gebracht. Nachdem gestern die Spezialdebatte über den kulturellen Teil des Budgets durchgeführt worden war, schritt man zur Abstimmung. Aus der Kulturdebatte ist nur das Auftreten des tschechischen Sozialdemokraten Casny beachtenswert, der den Genossen Polach während seiner Rede heftig angriff und dann bei seinen eigenen Ausführungen ganz unverkümmert ins chauvinistische Streithorn stieß, um dadurch unseren Genossen zu beweisen, daß ihre Anklagen bezüglich der Drosselung des deutschen Schulwesens nichtig seien. Er erntete für seine auf Völkerei gestimmten Ausführungen den gebührenden Dank: Alle Vertreter des tschechischen Bürgertums klatschten ihm begeistert Beifall. Die Abstimmung selbst stand im Zeichen des hierzulande angewandten Verhandlungs- und Abstimmungsverfahrens, das man „Demokratie“ und „Parlamentarismus“ zu nennen sich erdreistet. Genosse Riehnert machte während der wie ein geöltes Uhrwerk fortlaufenden Abstimmung den bezeichnenden Zwischenruf: „To nani věřsina, to je masina!“ Die betroffenen Gesichter der durch diesen Zwischenruf apostrophierten Senatoren, traten für dessen Wichtigkeit selbst den Wahrheitsbeweis an.

Nachstehend der Sitzungsbericht: Die Sitzung, die um 10 Uhr 50 Min. eröffnet wurde, war der Debatte über den kulturellen Teil des Budgets gewidmet. Nachdem zuerst das Ersuchen des Abgeordnetenhauses um Verlängerung des Autorenrechtes um weitere drei Monate bewilligt worden war, sprachen in der Spezialdebatte Sen. Jelinek (d. Dem.), Sen. Dr. Mareš (Nat.-Dem.), Sen. Genosse Polach, dessen Rede wir an anderer Stelle bringen, Sen. Ludeš (Agr.), Sen. Genosse Dr. Bledschowski, dessen Rede wir in der nächsten Folge unseres Blattes nachtragen werden. Sen. Vabla (tsch. Soz.-Dem.), Sen. Barinka (slow. Volksp.), (während dessen Rede es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Slowaken und den

Koalitionsparteien kommt), weiter Sen. Casny (tsch. Soz.-Dem.), der den Ausbau des Schulwesens der tschechischen Minoritäten, u. zw. einen Ausbau mit Zurückdrängung aller Widerstände, verteidigt, dann Sen. Pnatel (tsch. Soz.-Dem.), der mit seinen slowakischen Kommunalen in heftige Wortgefechte gerät und Sen. Laze (tsch. Soz.-Dem.), worauf die Debatte beendet wurde und man zur Verlesung der Anträge schritt.

Zum Schluß trat der Generalreferent Sen. Dr. Horáček in einem Schlußwort für die Annahme des Budgets ein.

In der hierauf durchgeführten Abstimmung wurde die Budgetvorlage mit allen vom Budgetausschuß zur Annahme vorgeschlagenen Resolutionen und Anträgen angenommen. Die Abänderungsanträge unserer Genossen wurden, soweit sie der Budgetausschuß nicht zur Annahme vorschlug, abgelehnt. Der Unwille unserer Genossen über die schablonenmäßige Abstimmung und über die Ablehnung ihrer berechtigten Abänderungsanträge machte sich in erregten Zwischenrufen Luft.

Genosse Riehnert: „18 Milliarden in fünf Minuten!“

Genosse Polach: „Für das kleine Schulgesetz habt Ihr gestimmt, für eine Schulreform seid Ihr nicht!“

Genosse Riehnert: „Es geht heute wie geschmiert!“

Genosse Polach: „Den Ribitzen ist kein Spiel zu hoch!“ „Die Ministerlisten werden Euch dieses Vorgehen danken!“

Zu den tschechischen Sozialdemokraten rief Genosse Polach: „Das ist eine Schändung des sozialistischen Programms!“ — Genosse Lin: „Das ist von Euch Demagogie! Schickt das Parlament nach Hause!“ — Genosse Star: „Nehmt Eu Bajonette her!“

Unbekümmert um die Protestrufe unserer Genossen wird die Abstimmung zu Ende geführt.

Der Vorsitzende schließt hierauf die Sitzung und eröffnet fünf Minuten später eine neue formale Sitzung, die nach einigen Minuten nach Aufweisung einzelner Regierungsaufträge an die verschiedenen Ausschüsse geschlossen wird.

Nächste Sitzung Montag, den 18. Dezember, um 6 Uhr abends.

messen können, unter welchem Gend und unter welcher Rot diese Leute zu leiden haben. Die Renten der Invaliden, Kriegserwitwen und Waisen sind so niedrig bemessen, daß es geradezu als ein Skandal bezeichnet werden muß. Es wird niemand behaupten können, daß bei einem Pensionsinvaliden, der zumindest 85 Prozent arbeitsunfähig ist, und eine Rente von jährlich 2400 K bezieht, der Staat alles getan hätte, was zu ihm in diesem Arme der Armen gegenüber verpflichtet ist. Niemand wird weiter behaupten können, daß eine Witwe, die im Besitze der vollen Witwenrente ist und demnach ganze 600 Kronen im Jahre bekommt, die Möglichkeit hätte, mit diesem Betrage leben zu können. Nicht anders ist es mit den Weisenrenten, die jährlich 400 K betragen. Aber nicht genug daran, daß die Renten für die Invaliden, Kriegserwitwen und Waisen so niedrig bemessen sind, ist noch zu bedenken, welchen Leidensweg diese Leute durchzumachen haben, bevor sie überhaupt in den Besitz der Renten kommen. Außerdem liegen die Dinge so, daß heute in der Tschechoslowakei niemand weiß, wieviel Kriegsbeschädigte wir im ganzen eigentlich haben. Die Zahlung der Kriegsbeschädigten ist bis zum heutigen Tage noch nicht vollständig durchgeführt. Bis zum 31. März d. J. hatten wir nach der Zählung

100.000 Kriegsbeschädigte, 300.000 Witwen und 357.261 Waisen.

Bon den Hunderttausend Kriegsbeschädigten waren 19.108 rentenbezugsberechtigt. Von diesen 19.108 Bezugsberechtigten waren jedoch nur 10.087 denen Renten flüssig gemacht wurden. 9.071 warteten und warten zum Teil noch immer darauf, daß ihnen die Rente endlich einmal bewiesen wird. Nicht anders ist es bei den Witwen. Von den 300.000 Witwen wurden 225.320 als bezugsberechtigt befunden. Von diesen hatten jedoch nur 132.779 die Renten erhalten. 91.549 befinden sich und befinden sich zum Teil noch in Bewerfung. Von den 537.260 Waisen waren rentenbezugsberechtigt 86.900. Rentner waren 11.616 flüssig gemacht. In Bewerfung befanden sich demnach noch 75.877.

Das Kapitel soziale Fürsorge bedarf demnach

auch in dieser Hinsicht dringend einer Verbesserung. Die im Kapitel soziale Fürsorge gemachten Aufwendungen sind viel zu gering, um den Bedürfnissen vor allem der arbeitenden Bevölkerung dieses Staates entsprechen zu können. Es wäre sehr wünschenswert, wenn noch im Laufe der Verhandlung über das Budget der Herr Minister für soziale Fürsorge Aufklärung darüber geben würde, wie es mit der Sozialversicherung steht.

Redner befahte sich zum Schluß mit den verschiedenen Gerichten, die über Absichten der Regierung bezüglich der Sozialversicherung im Umlaufe sind. Er erklärt gleichfalls, daß unsere Partei gegen das Budget stimmen werde. (Beifall.)

Unser Standpunkt zur Schulfrage.

Rede des Senator Genossen Polach bei der Kulturdebatte im Senat.

Genosse Polach gab in seiner Rede zuerst dem Wünsche Ausdruck, daß speziell auf dem Gebiete des Schulwesens eine Entpolitisierung Platz greife. Das Unterrichtsministerium müsse sozusagen politisch exterritorialisiert werden. Die Hoffnung, daß diese Forderung eine wenigstens teilweise Erfüllung dadurch finden würde, daß unser Unterrichtsminister ein Sozialist sei, habe sich bisher jedoch nicht erfüllt.

Ein schreiendes Unrecht am deutschen Schulwesen ist durch die Reduzierung der deutschen Schulklassen in den ersten Jahren der Republik geschehen und es ist nur eine billige Rede, wenn heute gesagt wird, daß auch tschechische Schulklassen gesperrt werden. Das Prinzip der Klassenreduktion sei in allen Fällen zu verwerfen.

Der Geist der Schule kann nur ein weltlicher sein. Das Schulprogramm der deutschen Sozialdemokraten könne sich daher nicht bloß in jenen Fragen erschöpfen, die die Diskussion des kleinen Schulgesetzes hervorgerufen hat. Es steht heute die gesamte moderne Lehrerschaft auf dem Standpunkt, daß das ganze Fundament unseres Schulwesens nicht aufrecht zu erhalten ist, daß die scharfe Scheidung zwischen Volk- und Mittelschule aus der pädagogischen Erkenntnis heraus den psychologischen und geistigen Voraussetzungen für diese Erkenntnis nicht mehr entspricht. Es geht die Forderung aller modernen Pädagogen nach

Schaffung der Einheitschule.

die ein organischer Aufbau ist und die in den pädagogischen Mitteln parallel geht, der natürlichen Entwicklung des normalen Kindes — wobei alle anderen besonders außerhalb des normalen liegenden Fälle der Ueber- und Unterbegabung auch in der Schule organisatorische Möglichkeiten haben müssen. Wir verlangen heute, daß unser Schulwesen auf die Grundlage der Arbeit gestellt wird. Wir verlangen

Arbeitschulen.

wir verlangen weiter die Reform der Lehrerbildung, damit die Volksschullehrer Hochschulbildung besitzen und wir sind nicht der Meinung, daß das eine unpraktische Vorbildung der Lehrer wäre.

Die nationale Frage der Schulen.

Man spricht davon, daß die Sektionierung der Landesschulräte aufgehoben soll, das heißt, daß nicht einmal in der obersten Verwaltungsstelle mehr Vertreter der Nationen über das Wohl und Wehe der Schule entscheiden sollen. Das wäre ein Verbrechen am deutschen Schulwesen, das Sie nicht damit entschuldigen können, daß Sie sagen, es handelt sich bei den Deutschen um eine nationale Sache.

Wir stehen auch jetzt auf dem Standpunkt, daß die Schaffung von Minderheitenschulen für die tschechische Nation von uns deutschen Sozialdemokraten ohne den geringsten Reiz angesehen, im Gegenteil begrüßt wird. Aber wir sagen, daß diese Ausgestaltung

nie und nirgends auf Kosten des deutschen Schulwesens

gehen darf. Ich konstatiere ganz ruhig und objektiv, daß in der Tschechoslowakischen Republik seit Bestand derselben 716 Minderheitenschulen errichtet worden sind, beziehungsweise, daß von diesen 716 Minderheitenschulen 12 deutsche Minderheitenschulen sind und daß sich unter den neugegründeten Minderheitenschulen nicht eine deutsche Minderheitenschule befindet. Ich konstatiere ferner, daß in Mähren 23 tschechische Minderheitenschulen errichtet wurden und daß in Mähren 23 deutsche Minderheitenschulen aufgestellt wurden, genau soviel, als tschechische errichtet wurden. Dabei will ich nur sagen, daß, nach dem auch das

Prinzip der Sparsamkeit für die Verminderung des Schulwesens

heute angeführt wird, es dieser Sparsamkeit nicht entspricht, wenn sich unter den tschechischen Minderheitenschulen befinden, die weniger wie 10 Kinder haben. In Hammer z. B. im Bezirk Brüx, hat die tschechische Minderheitenschule 7 Kinder. In Pettendorf, Bez. Grulich, 9, Fratting, Bezirk Datschitz, 2 Kinder, Wolfstanz in Mähren, Bez. Mähr.-Arman, 4 Kinder, Velten, Bezirk Weiglitz, 4 Kinder. In Rieritz, Luga, Weinitz und Tracht, alle vier im Bezirk Znam, gibt es trotz der Errichtung tschechischer Minderheitenschulen keine tschechischen Schüler. Sie sehen also, daß man das an sich richtige Prinzip, auch bei einer kleinen Schülerzahl Schulen zu schaffen, schließlich ab absurdum führen kann. (Genosse Star: „Der Herr Schulminister, der

Herr Genosse ist weggegangen, damit er das nicht hört.“)

Der Vorgänger des Herrn Unterrichtsministers hat behauptet, daß deutsche Schulen mit mehr als 20 Schültern nicht aufgelöst werden seien.

Redner führt nun eine Reihe von Beispielen an, die beweisen, daß man auch Schulen mit mehr als 20 Kindern und solche in Orten, die von dem nächsten Orte mit einer Schule bis über 5 Kilometer entfernt sind, aufgelöst hat. In einigen Fällen sah sich allerdings das Oberste Gericht genötigt, besonders ungerechte Schulschließungen rückgängig zu machen.

Als Genosse Polach über die Schulsperrenungen in Olmütz spricht und sich scharf dagegen wendet, daß man die Kinder in ungesunden Räume zusammenpfercht, kommt es zwischen dem Senator Casny und dem Genossen Polach sowie unseren Genossen zu heftigen Auseinandersetzungen, da Senator Casny sich durch eine Rede, wendend des Genossen Polach beleidigt fühlt. Senator Casny ruft zum Schluß: „Mit den Deutschen kann man nicht reden, auch wenn sie Sozialdemokraten sind!“ Entrüstete Jurufe unserer Genossen.

Der Sprachunterricht in den Schulen.

Genosse Polach fährt dann fort: Noch ein Wort über den Sprachunterricht an den Schulen. Das schon heute zitierte Wort unseres verehrten Herrn Ministers für Unterricht und Volksaufklärung über die Behandlung der deutschen Sprache veranlaßt mich, einiges über den Sprachunterricht an den Schulen zu sagen. Ich bin der Meinung, daß die Erlernung der deutschen Sprache für die Tschechen nicht bloß von großer praktischer Bedeutung ist. Es handelt sich um eine große kulturelle Sache und die Erlernung der deutschen Sprache bedeutet für die Tschechen vielleicht nicht bloß praktisch, sondern kulturell sehr viel, weil die Erlernung einer so verbreiteten Sprache einer größeren Ausblick in die Kulturwelt bedeutet, die jede an Zahl kleinere Nation braucht.

Von noch größerer Bedeutung ist die Erlernung der tschechischen Sprache für deutsche Schulkinder. Der Betrieb des tschechischen Sprachunterrichtes an den deutschen Schulen, die Mittelklassen mit inbegriffen, ist vollständig unzulänglich. Als Sozialdemokrat sage ich, daß ich aus Gründen meines politischen Standpunktes für die Erlernung beider Sprachen für alle Kinder dieses Staates bin, weil ich der Meinung bin, daß die Erlernung der zweiten Sprache nicht dazu dienen muß, um die andere Sprache im Konkurrenzkampf leichter besiegen zu können, sondern weil ihre größere Bedeutung darin liegt, daß sich die nächste Generation besser verstehen lernt. Denn dadurch, daß man mit anderen nicht sprechen kann, daß man die Literatur und Publizistik nicht kennen lernen kann, entstehen falsche Vorstellungen, falsche Perspektiven, die von großem Schaden sind für die gesamten Interessen der Bevölkerung des ganzen Staates. Man sollte glauben, daß es Argumente der Staatsraison sind, die die Förderung des Sprachunterrichtes notwendig machen. Wir sehen aber daß die Schulen kämpfen müssen um die Möglichkeit, die tschechische Sprache zu erlernen, daß beispielsweise eine ganze Reihe einflußreicher Menschen, die etwas zu sagen haben, in Kapiteln der Sprachunterrichtes sei nicht die Angelegenheit der Volksschulen. Wenn Sie es zu einer bloßen Angelegenheit der Mittel- und Fachschulen machen wollen, dann erschaffen Sie damit sicherlich weniger als 10 Prozent der gesamten Kinder und 90 Prozent Kinder würden nicht berücksichtigt werden. Daß die Erlernung der Sprache in der Volksschule nicht möglich sei ist deswegen falsch, weil es sich nicht um eine eigentliche Fremdsprache, sondern um eine Sprache handelt, die man in den Kellern und auf der Straße kennen lernt.

Die Erlernung der tschechischen Sprache ist eine der wichtigsten Voraussetzungen und Bedingungen für die Erläuterung des Daseinskampfes der kommenden Generation, es handelt sich um Bekämpfung der notwendigen Fähigkeit für den Staatsbürger und für den Menschen fast aller Berufe, nein nicht fast, sondern aller Berufe.

Darum möchte ich der Unterrichtsverwaltung dringend ans Herz legen, endlich diese wichtige Frage, die man doch rechtserfassen kann, auch vom Standpunkt der ganz formalen Staatsraison, die man umfomehr rechtserfassen kann, weil wir einen Vertreter der sozialistischen Weltanschauung als Minister haben, sobald wie möglich einer gezielten Lösung zuzuführen.

Zum Schluß noch einige Worte über das Theater. Der Herr Minister hat die Forderung, die

In d. Donnerstagssitzung des Senats sprach zum volkwirtschaftlichen Teil des Budgets auch Senator Genosse Sladil,

dessen Rede wir im Nachstehenden auszugsweise wiedergeben. Genosse Sladil wandte sich zuerst gegen die Art, in welcher in diesem Staate das Budget in beiden Häusern in der Debatte durchgepeitscht wird. Er sprach sich sodann scharf gegen die vom Staate ausgehenden militärischen Auslandskreditierungen aus und befahte sich anschließend eingehend mit den Rückständen bei der Steuererhebung und bewies, daß durch die allzuhohe Umsatzsteuer besonders die Maschinendindustrie geschädigt werde. Redner erinnert an den Ausspruch des Handelsministers, der den Unternehmern den Rat gegeben hat, die Fabrik zu sperren, wenn sie keine Arbeit mehr hätten. Der Wunsch des Handelsministers sei nun fürchtbarer Ernst geworden. Genosse Sladil befaßte sich dann eingehend mit unserer Handelsbilanz und wirft der Regierung vor, daß sie nichts unternahme, um der Industrie wieder auf die Beine zu helfen. Ueber

die soziale Fürsorge

führt Genosse Sladil u. a. aus: „Der Gelegenheit hat, ab und zu mit Kriegsbeschädigten, mit Kriegserwitwen und Waisen zusammen zu kommen, der wird er-

Mittel des Staates zu verwenden für die Heilung der Tuberkulosen im Gegensatz zu der, der Mittel für Theaterzwecke gestellt. Er hat, wenn ich richtig zitiere, gemeint, daß der, der sich ein Theater leisten will, es sich bezahlen soll. Nach unserer Ueberzeugung und nach unserer sozialen Auffassung gehört das Theater mit den wichtigsten Mitteln der geistlichen Erziehung der Menschheit gehört es zum täglichen geistlichen Brot. Die Auffassung des Ministers macht das Theater zu einem Privilegium der Besitzenden.

Wir Sozialdemokraten, fährt der Redner dann fort, wissen sehr gut, daß die Schule von heute im Hinblick auf die Ausgestaltung, auf die Reformmöglichkeit des Lehrplanes gebunden ist an die Grenzen, welche geschichtlich gezogen sind, durch die Tatsache der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Es hat jede Phase der Weltgeschichte ihre Schulgesetze. Das feudale Zeitalter hatte eine Schulbildung nicht nötig, denn außer den paar Klerikern mußten nicht einmal die Söhne der Herren lesen und schreiben können. Der Sieg des Kapitalismus über den Feudalismus hat erst die Notwendigkeit einer großen Schulreform hervorgerufen. Der Kapitalismus hat es nötig, möglichst viel Menschen zu erziehen, die lesen, schreiben und rechnen können, um die Funktionen zu erfüllen, welche die Geldwirtschaft an die im Dienste des Kapitalismus stehenden Menschen gestellt hat. Es ist daher kein Zufall, daß der erste große Schulreformer Komenius hineinfällt in die Zeit des Überganges aus der Natural- zur Geldwirtschaft, in die Zeit des Überganges von der feudalen in die bürgerliche Gesellschaft so wie es kein Zufall ist, daß der zweite große Pädagoge Pestalozzi hineinfällt in die Zeit des Sieges der kapitalistischen Gesellschaft. Es ist zu verstehen, daß heute die bürgerliche Gesellschaft bezüglich der Schulreform sich die Grenze dort setzt, wo die Interessen der neuauftretenden Klasse des Proletariats eine völlige Neuorganisation der Schule erfordert. Wenn wir heute sehen, daß versucht wird die Schule unter die Macht des Nationalismus oder unter die Macht des Merkantilismus zu bringen, so lassen wir uns durch diese Maske nicht darüber täuschen, daß es wirklich nur eine Maske ist, die keinen anderen Zweck hat als der Jugend jene Ideologie beizubringen, die zur Konolidierung der bürgerlich-kapitalistischen Wirtschaft notwendig ist. Aus diesem Grunde wehrt sich heute die bürgerliche Gesellschaft, wie wir es besonders bei der Debatte über das kleine Schulgesetz so deutlich gesehen haben, gegen die Reform der Verwaltung der Schule, gegen die Reform, welche der Gedanke der Solidarität und der Gedanke der Arbeit als Grundlage der Gesellschaft zum Fundament unseres gesamten Schulwesens macht. Wir sind uns dessen bewußt, daß selbst, wenn wir all das, was wir leider mit Recht an den gegenwärtigen Schulverhältnissen so sehr zu kritisieren haben, gutgemacht haben, daß wir als Sozialisten damit erst einen Schritt gemacht haben zur Abwehr der schlimmsten Gefahr der Schule für das Proletariat auch auf den Boden der kapitalistischen Gesellschaft, daß aber der Aufbau der Schulen für den Gedanken des Sozialismus und der Menschheitsverbrüderung, daß dieses positive Programm der Schule und Natur, weiterhin unter erst zu verwirklichendes Programm bleiben wird.

Inland.

Die Autonomieforderungen der Slowaken sollen bewilligt werden?

Prag, 15. Dezember. Am halb 1 Uhr nachts wird aus dem Parlament gemeldet, daß der Abgeordnete Burival die Resignation auf sein Mandat zurückgezogen hat. Wie in den Convois verlautet, haben die slowakischen Volksparteiler bei ihrer Vortragsrede beim Präsidenten Masaryk Versprechungen hinsichtlich der slowakischen Autonomie erhalten und werden daher bei der Abstimmung über das Beamtengehalt den Saal verlassen.

Der dieswöchige Raschin.

Schwer hat es unser Finanzminister Doktor Raschin, denn nichts weniger hat er sich zur Aufgabe gestellt, als die fällige Wiedergeburt des tschechoslowakischen Volkes, dem er Führer auf dem, ach, so schmalen Pfad der Tugend sein will. Im Umherziehen hält er gewissermaßen Schuellstiefelchen der Moral ab und so sprach er dieswöchentlich im schönen Bardubis über Idealismus und wahre Lustigkeiten.

Es wächst der Mensch mit klaren Zielen und da Dr. Raschin so erhabenen Zielen zutreibt, so ist auch er nicht nur geistig, sondern auch körperlich gewachsen. Ergreifend ist es, in den „Narodni Listy“ zu lesen, wie sich Raschin, als er die so bedeutungsvollen Worte über Moral und Idealismus von sich gab, auf der Rednertribüne zum Himmel redete, gewissermaßen auf jauchend und sich mit dem großen Danke einer Verwaltungsratsstelle bescheiden, und jenen anderen, die vom Staate ihren Teil an der öffentlichen Dankbarkeit fordern. Still wirken die Ersten in idealster Weise am Webstuhl unserer Wirtschaft, sie sind die Männer der Arbeit, die „Persönlichkeiten“, von welchen vorwöchentlich Raschins Leierklang. In der Prager Eisen-, in der Währsch-Schleifischen Bank kann man errönd ihren Spuren folgen. Und darin liegt die Macht von Raschins Persönlichkeit, daß er alle jene, die

ihm durch Bande des Blutes und gleiche Weltanschauung nahe stehen, für diese höhere Sittlichkeit zu befehlen wüßte, die nichts vom Staate will. Nicht diese Männer sind es also, welchen Raschins Binsl mit dem Jaunpfahl gilt, sondern die anderen, die das Leitwort der Legionäre: „Nicht Ehr' nicht Gut“ auf ihre Fahne geschrieben haben. Ihnen wirft Raschin vor, daß sie zwar für den tschechischen Staat kämpfen, aber dann ihren Lohn forderten: „Zahle uns aus, du unser Staat, zahle bar, zahle mit Konzessionen, zahle mit Privilegien, in unserer freien, gleichen demokratischen Republik!“

Hier liegt der Hase im Pfeffer, denn es ist etwas Anderes, ganz Anderes, wenn man dank seiner hohen kaufmännischen Fähigkeiten als Verwaltungsrat in so und so vielen Aktiengesellschaften sitzt, stöhnend die Bürde der Dividenden trägt und ein goldenes Band der Dividenden um Gerechte und Ungerechte, Tschechen, Deutsche und Juden schlingt, oder wenn man als Invalider, als Legionär, einen Posten in einem Amte, oder eine Trajistik als Dank des Vaterlandes fordert.

Raschin ist ein Fanatiker der Gleichheit und der Demokratie; er empfindet es als einen Faustschlag gegen die Gleichheit, daß der eine Tabaktrafikan, der andere nur simpler Verwaltungsrat sein soll und da er daran zweifelt, daß es ihm gelingen könnte, sein Gleichheitsideal zu verwirklichen und so wie es König Heinrich IV. von Frankreich wollte, jedem Bürger zum Sonntag ein Huhn im Topfe zu beschaffen, jedem tschechoslowakischen Staatsbürger mit einer Trajiktanzlizenz zu beglücken, so wird er es erlauben, durch philosophische Betrachtungen über die ideale Sendung eines Verwaltungsrates diese enterbten Glieder der nationaldemokratischen Gesellschaft damit auszuheilen, daß sie auf der falschen Seite des Erdplaneten geboren sind. Und wir hören frohen Dr. Stransky rufen: „Wenn ich nicht Verwaltungsrat und Präsident der Prager Eisen wäre, so möchte ich eine Tabakbude mit eigen nennen!“

Die Staatsbeamtenvorlage im Budgetausschuß.

Nachdem der sozialpolitische Ausschuß des Abgeordnetenhauses gestern um 2 Uhr früh die Staatsbeamtenvorlage erledigt hatte, gelangte sie in die Sitzung des Budgetausschusses, die vormittags stattfand.

Die Staatsbeamtengehaltsvorlage im Abgeordnetenhause.

Für das Sitzungstempo, in dem sich die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses vollziehen, ist es bezeichnend, daß die gestrige Plenarsitzung zu der unbräunlichen Stunde nicht beginnen konnte, weil der Bericht des Budgetausschusses über das Staatsbeamtengehaltsgesetz noch im Druck war. Anstatt um 1 Uhr wurde die Sitzung erst um dreiviertel 4 Uhr eröffnet, als auf der Rechten des Hauses die ersten Trude verteilt wurden.

Der äußere Rahmen der Sitzung war durch die überfüllten Galerien und durch die starke Frequenz der Abgeordneten, besonders der Koalition, die sonst nicht annehmend fleißig im Besuche des Hauses sind, gekennzeichnet. Die Mitglieder der Koalition waren vollzählig anwesend, galt es doch, einer antisozialen Vorlage die Zustimmung zu erteilen. In die Rednerliste waren 14 Abgeordnete, sämtlich Kontrarechner eingetragen. Es gab somit keine Prozedur; die Koalitionsparteien schämten sich ihres eigenen Verleses.

In der tschechischen nationalsozialistischen Partei gab es eine Krise nach der andern. Nachdem der Fall Stribrny erledigt war, gab es heute einen Fall Burival. — Die vier von den Legionären gewählten Abgeordneten sind aus der Koalition ausgetreten, da die Legionärsgemeinde ihnen verboten hat, für die Staatsbeamtenvorlage zu stimmen. Auch sonst gab es einige Rebellionen in der Koalition, die nur durch die Rücktrittsdrohung des Ministerpräsidenten Svehla beigelegt wurden. Die Koalition wird jedenfalls ihr Schnelligkeitsstempo zu betauern und viel zu reparieren haben.

Von unseren Genossen sprach Abgeordneter Grünzner, der gründlich die Verhandlungsweise des Hauses bei dem vorliegenden Gesetzentwurf kritisierte und an das Bewußtsein der tschechischen sozialistischen Parteien appellierte. In später Abendstunde gelangte noch Genosse Hoffmann zu Worte, nach ihm dürfte noch Abgeordneter Genosse Hirsch sprechen. Gegen ein Uhr wird zur Abstimmung geschritten werden.

Das Interesse des Hauses war vorwiegend den Vorgängen in der Koalition gewidmet. Trotz der Lobgesänge einiger Regierungsblätter, die noch gestern früh geschrieben hatten, die Koalition habe eine Belastungsprobe bestanden, ist es nicht mit der Einigkeit innerhalb der Mehrheit nicht soweit her. Es zeigte sich ein ähnliches Bild, wie es sich schon bei der Behandlung des Staatsbeamtengehaltsgesetzes im Dezember des vorigen Jahres gezeigt hatte, die tschechischen sozialistischen Parteien geraten mit ihren Gewerkschaftsorganisationen in Konflikt.

Präsident Tomášek eröffnet die Sitzung um dreiviertel 4 Uhr nachmittags.

Die Koalition nimmt zunächst den Regierungsantrag an, die dem Hause vorliegenden Gesetzentwürfe, u. a. auch den Gesetzentwurf betreffend die Reduktion der Staatsbeamtengehälter, in gekürztem Verfahren zu behandeln.

Als der Vorsitzende Präsident Tomášek als nächsten Punkt der Tagesordnung den Bericht des sozialpolitischen und Budgetausschusses über das Staatsbeamtengehaltsgesetz antündigt, kommt es zu

Lärmjencn.

Die kommunistischen Abgeordneten protestieren in heftiger Weise. Sie rufen dem Präsidenten zu: „Wo sind die gedruckten Berichte?“ „Das ist eine skandalöse Handlungsweise, die nur in diesem Hause möglich ist“ u.ä.

In der Generaldebatte sprach Abg. Genosse Taub, der u. a. sagte: „Wenn wir auf nichts verweisen könnten, als darauf, daß kein Mitglied der Mehrheitspartei des sozialpolitischen Ausschusses das Referat über diese Vorlage übernommen hat, so wäre das Gesetz und die Tendenz, die ihm innewohnt, schon genügend gekennzeichnet.“ Redner geistete sodann das Sitzzugstempo, in dem sich die Verhandlungen über die Staatsbeamtenvorlage in den Ausschüssen vollziehen und besprach den antisozialen Charakter der Vorlage in ausführlicher Weise.

Abg. Genosse Sackenbergr führte u. a. aus: „Wir haben als Arbeiter die Verpflichtung, für die Interessen der Staatsangestellten und der in den Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter einzutreten, denn wir brauchen unabhängige Staatsbeamten. Wir sind daran interessiert, daß die Beamenschaft nicht korumpiert wird, daß die Richter unabhängig, keinerlei Einflüssen und keiner Bestechung zugänglich sind. Eine schlechte Entlohnung der Staatsbeamten wird dazu führen, daß viele Beamte den Staatsdienst mit jenem bei Privatunternehmungen vertauschen; das werden aber gerade die besten Kräfte sein. Andere werden eine Nebenbeschäftigung suchen und durch diese Nebenbeschäftigung wird ihr Wirken im Amte beeinträchtigt werden. Deshalb werden wir gegen jede Schädigung der Lebenshaltung der Angestellten und Bediensteten des Staates aufstehen.“

In der folgenden Debatte war die Erklärung des Abg. Remec (tschechischer Sozialdemokrat) interessant. Er gestand nämlich, daß die tschechische sozialdemokratische Beamtenorganisation mit der Vorlage nicht einverstanden ist. An der Spezialdebatte beteiligten sich die Abgeordneten Genossen Taub, Fischer und Sackenbergr, welche fast zu jedem Paragraphen der Vorlage eine Menge von Abänderungsanträgen stellten und die Anträge ausführlich begründeten. Alle Abänderungsanträge werden von der Koalition abgelehnt.

Hierauf referierte Abg. Chalupa über das Gesetz betreffend die Unterstützung der Arbeitslosen. Er beantragt die unveränderte Annahme und die Verbindung der Generaldebatte mit der Spezialdebatte. Abg. Genosse Sackenbergr wandte sich gegen diesen Antrag.

Bei der Abstimmung wird der Referentenantrag angenommen, jener des Abg. Genossen Sackenbergr abgelehnt.

Abgeordneter Genosse Grünzner
gelangt als erster Kontrarechner zum Worte.

Ich muß zunächst einen Protest unserer Fraktion gegen den Vorgang einlegen, daß auch im heutigen Jahre wieder bei der Verhandlung der Vorlage über die Regulierung der Bezüge der Staatsangestellten, und der öffentlichen Angestellten eingehalten wurde.

Das Haus wird ein Interesse daran haben, zu erfahren, wie die Verhandlungen im Ausschuß vor sich gegangen sind, wie es dazu gekommen ist, daß heute hier ein Berichterstatter fungierte, an dessen Stelle sonst gewöhnlich ein Vertreter der Nationaldemokraten und zwar Herr Abg. Kavratic gestanden hat. Das Haus hat vorgestern beschlossen, eine 48stündige Frist zur Berichterstattung der beiden Ausschüsse zu bemessen. Die Vorlage konnte im sozialpolitischen Ausschuß nicht in Verhandlung gestellt werden, es mußten andere Anträge vor dieser Vorlage verhandelt werden, weil kein Referent in diese Vorlage einbeziehen wollte. Es ist begreiflich, daß die nationalsozialistischen und auch die tschechischen sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses es vorgezogen haben, die Hände wenigstens soweit von dem Spiele wegzuziehen, daß sie nicht als Referenten fungieren wollen. Es ist ein unwürdiger Zustand, den die Koalitionsparteien nun schon seit Jahren hier in diesem Hause einhalten.

Die einen sind die Schauspielere und die anderen sind die Zuschauer.

Einige Männer locken die Sache in den Konventionen aus, bringen sie in die Ausschüsse und ins Haus; die Angehörigen dieser Parteien selbst aber scheuen sich, für diese Sache einzutreten. Als im Ausschusse ein Referent nicht gefunden werden konnte, wurde die Sitzung unterbrochen und über Nacht ist ein Wunder geschehen: Es hat sich der Herr Abg. Malik von der agrarischen Partei gefunden. Trotz aller Bemühungen war der Herr Referent, bei aller Achtung vor seinen sonstigen geistigen Fähigkeiten, nicht instande, in die Materie einzubringen, nicht instande, auf die befehlten Abänderungsanträge von unserer Seite und von Seite der anderen oppositionellen Parteien einzugehen und sie zu verstehen. Der Herr Referent hat sich letztlich darauf beschränkt, die Abänderungsanträge vorzulegen, sie dem Vorsitzenden zu überreichen und sie dann bei der Abstimmung ablehnen zu lassen.

Ein unwürdiger Vorgang, eine Komödie, wie sie nicht ärger sein kann.

Wir richten an die tschechischen sozialistischen Parteien den Appell, aufmerksam zu sein auf diese Dinge und nicht über die warnenden Stimmen, die wir zu wiederholtenmalen erhoben haben, hinwegzugehen.

Die Vorlage selbst sieht eine 75prozentige Erhöhung der gegenwärtig bestehenden Grundgehälter vor. Diese 75 Prozent Gehaltsüberhöhung werden wegenenommen von der Gesamtsumme aller bislang bestandenen Teuerungszulagen, und vom Rest der Teuerungszulage soll eine neue Teuerungszulage geschaffen werden. Diese neue Teuerungszulage soll nun nach den Bestimmungen des vorliegenden Entwurfes ab 1. April um 20 Prozent abgebaut werden. Dieser Abbau, wie ihn die Regierungsvorlage vorschlägt, kommt bei den niederen Kategorien der Staatsangestellten in furchtbar scharfer Weise zum Ausdruck, während er bei den oberen Kategorien nur wenige Kronen beträgt.

Die Masse der Staatsbeamten kann und wird sich niemals mit dieser Regulierung einverstanden erklären.

In der Regierungsvorlage ist auch eine Herabsetzung der Rinderzulagen und der Zulagen für die Ehegattinnen vorgesehen. In diesem Gesetz ist eine Bestimmung enthalten, die es ermöglicht, auch den Ehegattinnen die Zulagen überhaupt zu entziehen, und zwar, wenn nachgewiesen wird, daß die betreffende Ehefrau einen Erwerb hat. Die Vorlage enthält aber keine Bestimmung darüber, was als Erwerb überhaupt anzusehen ist. Es wird also auch wieder in Zukunft die Feststellung darüber der willkürlichen Beurteilung der Verwaltungsbehörden überlassen. Die Vorlage „reguliert“ auch im zweiten Teil, die Pensionistenfrage. Der Präsident hat erklärt, die dringende Frage, die einer Regulierung bedürftig ist die Pensionistenfrage und sie habe unter allen Umständen in der Frühjahrsession des Hauses geregelt zu werden. Was bietet nun die Regierung in der neuen Gesetzesvorlage den Pensionisten? Sie legt die Bezüge herunter und sie oktroyiert dem Pensionisten die Einkommenssteuerleistung auf. Die Vorlage greift aber auch im § 19 des zweiten Teiles in die Autonomie der Selbstverwaltungskörper ein.

Sie bestimmt dort, daß die Bezüge der Angestellten der Länder, Gane, Bezirke und Gemeinden, soweit sie gegenwärtig die Bezüge der staatlichen Angestellten übersteigen, mit dem 1. Jänner 1923 auf das Ausmaß herabgesetzt werden müssen, wie es in der vorliegenden Regierungsvorlage vorgesehen ist. Die Regierung hat es durchaus nicht eilig bei der Ueberweisung der eingehobenen Steuer- und Umlagegelder, um den Gemeinden zu Hilfe zu kommen. Wenn sich aber die Gemeinden selbst helfen, und wenn sie der Not ihrer Angestellten mehr Rechnung getragen haben, als dies vom Staat aus geschieht ist, der in erster Linie dazu verpflichtet gewesen wäre, dann fällt die Regierung — und dazu geben sich auch

die sozialistischen Parteien der Regierungskoalition her — den Gemeinden und autonomen Verwaltungskörpern in den Arm.

Machen Sie nur so weiter, meine Herren. Sie treiben die Staatsangestellten auf jenen Weg, auf den sie auch in der Zukunft kommen müssen.

Sie treiben die Staatsbeamten in das Lager der klassenbewußten Arbeiterschaft

und das können wir nur begrüßen. Ich frage die tschechischen Sozialdemokraten und die tschechischen Nationalsozialisten, die doch Arbeiterinteressen und Angestellteninteressen vertreten sollen, ob Sie denn nicht schon genügend Beweise haben, ob sie nicht einsehen, wie die Reaktion in diesem Staate bereits stark geworden ist.

auf welche Abwege das Denken von Sozialdemokraten kommen muß.

die eine so lange Zeit schon innerhalb einer Gesellschaft sich befinden, wie dies hier der Fall ist. Redner gibt schließlich der Erwartung Ausdruck, daß die tschechischen sozialistischen Parteien sich im letzten Moment aufrufen und für die Verbesserungsvorschläge stimmen werden.

Abg. Schubert (Vd. d. Landv.) sagt, daß die Vorlage im Zeichen des Abbaus der Preise steht. Dieses Schlagwort hat die Regierung gebraucht, sie selbst aber vermeidet es, sich darnach zu richten.

Abg. Blazel (Kom.) kritisiert die Vorlage eingehend und befaßt sich insbesondere mit der Rolle, die der Finanzminister Dr. Raschin spielt, dem er vorwirft, daß er als Rechtsvertreter einer Gruppe englischer Bankiers die Interessen des Staates schädigt.

„Weg mit dem Finanzminister Dr. Raschin.“

Abg. Dr. W. Feiler (Dtsch. Chr. Soz.) erklärt, daß der Abbau der Beiträge in keiner Weise gerechtfertigt ist. Er protestiert dagegen, daß die Beamenschaft benützt wird zur weiteren Eroberung des „verderbsüchtigen“ Gebietes.

Abg. Dr. Reich (Dtsch. Nat.): Wenn das Gesetz ungeheuerlich ist, so ist seine Begründung geradezu unverfälscht.

Abg. Kofka (Dtsch. dem. Frp.) erklärt, er müsse den Koalitionsparteien den Vorwurf machen, daß sie die Vorlage zu langsam behandeln haben, da die Krone in Zürich rascher fällt.

wie hypokritisch folgt die Koalition der Melodie des neuen Kettenjägers Raschin.

Abg. Simm (Deutscher Nat.-Soz.) sagt, daß das Gesetz keine Annahme finden würde, wenn es in diesem Hause nicht Parteien gäbe, die ihr Gewissen verweigern. Der Regierungsvorwurf geht im Motivenberichte über die zu erwartende wirtschaftliche Entwicklung ganz ohne Logik vor, indem er keine Maßnahmen auf die Annahme über eine besorgene und angeblich weiter dahinernde Gemeindegewandlung der wirtschaftlichen Verhältnisse dieses Staates gründet.

Abg. Brodsky (Zentrif.) befaßt sich besonders mit der Rolle der tschechischen Sozialisten, die diese bei der Beratung über die Staatsbeamtenvorlage spielten. Der Redner wirft den tschechischen Sozialisten Unentschiedenheit und Unaufrichtigkeit vor. Er fordert die Partei auf, wenigstens der Aufforderung ihrer eigenen Gewerkschaftsorganisation zu folgen und eine Verbesserung der Vorlage durchzuführen.

Abg. Budach (slow. Volksp.) präzisiert den Standpunkt der slowakischen Volkspartei zu dem in Beratung stehenden Gesetze.

Abg. Podrabek (fortsch. Soz.) erklärt, daß die Regierungsvorlage ein undurchdachtes Konglomerat von Paragrafen sei.

Bei Schluß der Redaktion — in später Nachtstunde — dauert die Sitzung noch an.

Telegramme.

Schluß des Weltfriedenskongresses.

Haag, 15. Dezember. Nach Annahme von vier vorgeschlagenen Resolutionen durch die Unterabteilung, sowie einer Sonderresolution über die Beilegung des Rheinlandes ist der Weltfriedenskongress mit einer Ansprache des Präsidenten Thomass geschlossen worden.

Die deutsche Herzlichkeit gegen die Auswanderung Deutschlands.

Berlin, 15. Dezember. (Eigenbericht.) Heute Nachmittag fand in der Berliner Universität eine Tagung der deutschen Herzlichkeit statt, an der auch Regierungsvertreter teilnahmen. An der Hand von statistisch-medizinischem Material wurden die Gefahren, die der deutschen Volksgesundheit drohen, dargelegt. Die Versammlung beschloß, eine Rundgebung an das gesamte Ausland, insbesondere an die Entente, mit der dringenden Mahnung, Deutschland vor den Folgen der Unterernährung zu retten.

Bonar Law gegen Boinecarés Ruhrpolitik.

Nach dem Sturz Lloyd Georges glaubten die französischen Imperialisten die goldene Zeit gekommen zu sein, ohne Englands Widerstand befürchten zu müssen, ihre Hand aufs Ruhrgebiet legen könnten. Diese Meinung war ein Irrtum und mußte es sein. Denn es war nicht der eine Lord George, der sich in seiner „unberechenbaren Laune“ den Plänen Boinecarés entgegenstemmte, sondern Englands Wirtschaftspolitik und Wirtschaftslage zwang ihn zu seinem Handeln und deshalb fährt Bonar Law naturgemäß in der von Lord George eingeschlagenen Richtung fort.

1. Welche Haltung nimmt die Regierung gegenüber dem Vorschlage ein, daß das zu gewährende Moratorium von einer erweiterten Kontrolle der Alliierten begleitet sein soll? Wird diese Kontrolle die Form einer Aufsicht über die deutschen Finanzen, einer Beschlagnahme der Bergwerke und Wälder oder einer Besetzung weiterer Gebiete, namentlich des Ruhrgebietes, annehmen?

2. Welche Haltung nimmt die Regierung für den Fall ein, daß Frankreich eine solche Aktion auf eigene Faust vorzunehmen wünscht?

3. Welche Beziehungen bestehen nach Ansicht der Regierung zwischen der Reparationsfrage und der Schulden der Alliierten einerseits und dem selbständigen Vorgehen des einen oder anderen Alliierten andererseits?

Bonar Law, dem die Fragen, bevor sie öffentlich gestellt wurden, vorgelesen worden waren, beantwortete sofort: Wenn Frankreich glaube, die furchtbare Inflation sei vorwiegend herbeigeführt, so solle er selbst diese Ansicht nicht. Das französische Finanzsystem gründe sich zu sehr auf das, was Frankreich von Deutschland erhalten solle. Bonar Law

stelle den allgemeinen Grundgedanken auf, daß England nicht gleichgültig bei einer Aktion zusehen dürfe, die wahrscheinlich bewirken würde, daß keine Reparationen geleistet würden, die es vielmehr sehr schwierig oder vielleicht ganz unmöglich machen müßte, sie zu erhalten. Nach einer Verbeugung von dem Gedanken der Entente sprach er seine Überzeugung aus, daß Deutschland einem völligen Zusammenbrüche sehr nahe stehe. Das Tragische dabei sei, daß es zweifellos keine Besserung für Deutschland geben könne, bis es die Mark stabilisiert habe. Aber gerade der Versuch einer Stabilisierung der Mark könne denselben Zusammenbruch der Industrie herbeiführen, den England selbst erlebt habe. Er könne nichts Abschließendes über das Ruhrgebiet oder über irgend einen anderen Gegenstand sagen, der auf der Pariser Konferenz verhandelt werden könnte. Jedes Zugeständnis hinsichtlich der interalliierten Schulden sei mit der Gewißheit oder jedenfalls der Wahrscheinlichkeit verknüpft, daß es eine endgültige Abmachung sei und daß die ganze Frage nicht wieder von neuem angeschnitten wird.

Ramsay MacDonald sagte, der Betrag der Reparationen müsse festgesetzt werden. Er glaube, Frankreich und Großbritannien würden ihre Erwartung darüber, was sie von Deutschland zu erhalten hätten, sehr wesentlich herabsetzen müssen.

Lord George brachte seine große Befriedigung über die Erklärung Bonar Laws zum Ausdruck, die allgemeine Zustimmung auch seitens der übrigen Sprecher fand.

So vorsichtig Bonar Laws Sprache war, so deutlich gab er zu verstehen, daß England nicht gewillt sei, sich in die Abenteuerpolitik der französischen Nationalisten mit hineinziehen zu lassen. Die nächste Konferenz der Entente wird darum ein Einlenken Boinecarés bringen müssen, oder um die Entente ist es, menschlicher Voraussicht nach, geschehen.

Das Urteil im Brüner Spionageprozeß.

8, 4 1/2 und 3 Jahre schweren Kerkers.

Prag, 15. Dezember. Im Spionageprozeß vor dem Prager Divisionsgerichte wurde heute das Urteil gefällt. Es werden Leutnant Georg Nowakowski zu acht Jahren schweren Kerkers, Stabskapitän Johann Burm zu dreieinhalb Jahren schweren Kerkers und Kapitän Gustav Wolf zu drei Jahren schweren Kerkers verurteilt. Sie verlieren sämtlich die Offizierschärge und ansehernd das Wahlrecht. Die Untersuchungshaft wird in die Strafe eingerechnet.

Die erste Phase des Gerichtsverfahrens in der Spionageaffäre des Abg. Dr. Baeran hat damit ihren Abschluß gefunden. Das Militärgericht hat alle Angeklagten für schuldig erkannt und sie einer empfindlichen Strafe zugeführt. Besonders die Strafe des Leutnants Nowakowski muß als hart bezeichnet werden, zumal er doch unter dem Einflusse des Studenten Schwabe und des Abg. Baeran gehandelt hatte. Der Prozeß gegen den Abg. Dr. Baeran und gegen Schwabe soll bereits am 27. Dezember vor dem Prager Schwurgericht beginnen.

Die Minderheitenfrage in der Türkei.

Lausanne, 15. Dezember. (Schweiz. Dep.-Ag.) Die Kommission für Minoritätenschutz hat heute früh beschlossen, daß die Alliierten ein Projekt aufarbeiten, dessen Bestimmungen mit den westeuropäischen Verträgen, betreffend den Minoritätenschutz, harmonisieren. Es enthält folgende Punkte: Eine allgemeine Amnestie, Garantie für die Sicherheit der Rassen und Religionen, Unterdrückung der Besetzung von Militärdienst, Unterrichtsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Kirchenorganisation, das Recht zur freiwilligen Auswanderung und die Mitwirkung des Völkerbundes bei Durchführung dieser Bestimmungen. Ein besonderes Kapitel soll die armenische Heimatsorte behandeln. Obwohl die Türkei den Umfang dieses Programmes anfänglich beanstandete, erklärten sie sich schließlich bereit, das Projekt wohlwollend zu prüfen. Wenigstens bestand besonders auf der Befreiung aller Christen vom Militärdienste und einer möglichst weitgehenden Amnestie.

Der Korfanti-Faschismus marschiert.

Daran ist nicht zu zweifeln: der Korfanti-Faschismus marschiert. Da er sich bei den Wahlen in Landtag und Senat nicht so durchzusetzen vermochte, um einfach auf „gesetzlichem Wege“ als Regierungspartei die Macht an sich reißen zu können, strebt er seinem Ziel auf dem Wege der Gewalt zu. Den Anlaß gab ihm die Wahl des „linksliberalen“ bisherigen Außenministers Karutowicz zum Präsidenten des Staates an Stelle Wisubskis, eine Wahl, die tatsächlich einen Schlag gegen die nationalistische Rechte bedeutet, wie ja man sich im übrigen auch an „linksliberalismus“ polnischer Auleur vorstellen muß. Das eigentlich Provokierende erblickten die Korfanti-Leute nicht darin, daß ein vom fortschrittlichen Geiste wenigstens leise angehauchter Mann zum Repräsentanten gewählt wurde, sondern daß er der Freund des von ihnen mit allen Mitteln bekämpften Wisubski ist, daß er mit den Stimmen der nationalen Minderheiten und der polnischen Sozialisten durchzubringen vermochte, was deren Gewicht im „rein-polnischen“, „christlichen“ Nationalstaat verlebend deutlich beweist und daß schließlich das Liebestreiben der Rechten um die von Witas gebildeten kleinen Bauern vergeblich blieb. Jedes dieser Momente beurteilt Korfanti als einen Faustschlag ins eigene anmüßliche Gesicht, und er antwortete denn auch, wie nur ein Landsknechtsoberst und patentierter Raufbold antwortet: Mit blutigen Demonstrationen in Warschau, die vorderhand „nur“ vier Tote kosteten, die, weil sie einen Generalstreik als Antwort her-

vorriefen, das Wirtschaftsleben des ohnehin totkranken Staates wieder einmal erschütterten und die, wie angekündigt wird, demnächst fortgesetzt werden sollen. In Bosen, dem Stammlager der Reaktion, verlangte gar ein Bürgerausschuß, daß der Sejm und der Senat sich nur auf die rein polnischen Parteien stützen dürfe, daß die Juden von den Unterstituten ausgeschlossen werden und diejenigen Juden, die nicht polnisches Staatsbürgerrecht besitzen, des Landes verwiesen und daß jeder als Hochverräter behandelt werde, der es wagt, vor dem Völkerbund über die Behandlung der nationalen Minderheiten zu klagen. Gegen die Minderheiten wird eine gerechte (man weiß, was von dieser Seite für gerecht gehalten wird) und energische Politik verlangt.

Daß sich kein Spiel mit derartigen Repressalien die Butschgerüchte verdichten und die Bildung einer neuen Regierung fast zu einem Ding der Unmöglichkeit gemacht wird, liegt auf der Hand. Zwischen der Rechten und Linken kann es jetzt zu einer Vereinbarung nicht kommen, und andererseits wird Witas wahrscheinlich, um dem Verdacht, kein „guter Pole“ zu sein, zu entgehen, auch mit der Linken und gar mit den Minderheiten keine Koalition abzuschließen wagen. Die Regierungskrisis könnte also in Bosen zu einer chronischen Einrichtung werden und gerade das dürfte in der von Korfanti verfolgten Linie liegen. Je wirrer, labiler die politischen Verhältnisse, desto mehr Gelegenheit im Trüben zu fischen und alle Widersacher, Deutsche, Ukrainer, Juden, Sozialisten an die Wand zu stellen und politisch zu fälschern! Desto mehr Möglichkeit, die Fiktion vom „polnischen Nationalstaat“, der von 31 Millionen 15 Millionen anderssprachiger Bürger beherbergt, mit Gewalt, Drohung und Betrug aufrechtzuerhalten und sich im Wahne zu spiegeln, das „Herrenvolk“ zu sein. Daß bei dieser Methode der Anhebung aller Minderheiten und proletarischen Parteien das Wirtschaftschicks Polens immer mehr wachsen und die Sicherheit seines Bestandes immer mehr in Frage gestellt werden muß, geht Herrn Korfanti nichts an; kann es sein Polen des nationalpolitischen Größenwahns, der Angriffspolitik gegen alle Nachbarn, Deutsche, Tschechen und Russen, des mit Blut und Elend der Bevölkerung erkaufte „Prestiges“ geben, dann verzichtet Korfanti eben auf Polens Bestand, ein Polen der sozialen und nationalen Gerechtigkeit soll nach Korfanis Wunsch zur Hölle fahren! Diese Gedankengänge sind irrsinnig, doch konsequent und überdies mühen sie uns so furchtbar bekannt an: unser lieber Mitbürger Herr Dr. Karl Kramarsch bekennt sich ja, nur mit etwas westlicher Kulturünche, zu genau denselben Grund-

Tages-Neuigkeiten.

Warum arm sein? Schwer stöhnt das internationale Proletariat unter der Mieselast, die ihm aufgebürdet ist. Immer wieder kommt nach dem schweren, grauen, entbehrungsreichen Alltag die Stunde, da das grenzenlose Elend anhebt, da die Arbeitslosigkeit dem Proletariat den letzten Fetten vom Leib reißt, den letzten Rest von Kraft aus Mark und Knochen dreht. Arbeitslosigkeit in unerträglichem Maße herrscht nun schon seit vielen Monaten in der Tschechoslowakei, Arbeitslosigkeit herrscht aber auch in fast allen übrigen Staaten Europas und auch in Amerika. Dort hat sich aber ein Mann gefunden, der das Mittel entdeckt hat, mit dem aller Not und allem Elend, dem Hunger und der Arbeitslosigkeit, mit einem Schlage gesteuert werden kann. Da dies ein Mann ist, der den ersten Anspruch darauf hat, über die Arbeit zu sprechen — es handelt sich um den amerikanischen Automobilkönig und Milliardär Henry Ford — so wollen wir sein Rezept, so wie wir es in einer bürgerlichen Zeitung fanden, den Arbeitern nicht vorenthalten:

Warum arm sein? Diese Frage wirft der amerikanische Automobilkönig Henry Ford in seinen letzten erschienenen Denkwürdigkeiten auf, und er gibt darauf die folgende Antwort: Man nehme das Bauhandwerk als Beispiel. Was für eine Verschwendung von Kraft ist es, daß der Maurer während des Winters nichts tut. Ähnlich ist es mit dem Landmann. Wenn der Landmann in der Fabrik arbeiten würde und in den Jahreszeiten der Saat und Ernte, die nur ein kleiner Teil des ganzen Jahres sind, sich der Landwirtschaft widmete, und wenn der Maurer von der Fabrik zu seiner Saisonarbeit ginge, wieviel besser würde dann alles sein? Angenommen, wir würden alle nur einen kleinen Teil des Jahres arbeiten, wie sollte dann die Welt bestehen? Wenn alle Menschen alle ihre Kräfte einsetzen würden in richtiger Organisation, dann gäbe es keine schlechten Zeiten, keine Not und keine Armen.

Henry Ford hat sich aus dem Schweiße der Arbeiter ein unschätzbares Vermögen „erworben“. So wie die übrigen Milliardäre und Millionäre der neuen und der alten Welt wurzelt sein ungeheurer Reichtum in ununterbrochener Arbeit — nämlich in der Arbeit der anderen. Und so predigt er diesen anderen weiter das Arbeiten, als dessen Erfolg er ihnen das Schwinden der Not und der Armut prophezeit. Es ist ja auch wirklich das Ei des Columbus. Der Maurer, der Landmann und so weiter, sie alle haben eben im Winter in der Fabrik zu arbeiten. Fälle in denen Maurer und Landarbeiter im Sommer keine Beschäftigung finden, kommen ja nicht in Betracht, und daß ihnen im Winter die Arbeitsplätze in den Fabriken zu Tausenden offenstehen, liegt ja auf der Hand. Also brühen sich die Arbeiter nur nach Fords Vorschläge zu richten und sind aller Sorgen ledig. Wie herzlich und einfach! Du lieber, gütiger und weiser Ford, wir danken dir für diese großartige Lösung der Frage: „Warum arm sein?“

Nationalsozialistische Stoßtrupp an der Arbeit. Wie es scheint, greift die nationalsozialistische Bewegung Bayerns auf Württemberg über. In Göttingen sollte eine nationalsozialistische Versammlung stattfinden. Die Kommunisten forderten ihre Anhänger zum Besuch der Versammlung auf. Darauf wurde von den Nationalsozialisten je eine Sonderstaffel aus München, Stuttgart, Geislingen und Tübingen zur Hilfe gesolt. Die Behörde verbot jedoch die Versammlung, um Unruhen zu verhindern und hatte Hilfspolizei aus Göttingen, Geislingen und Ulm nach Göttingen herangezogen. Trotzdem kam es aber zu einer Schießerei, bei der es mehrere Schwerverwundete gab. Am Tage vorher war in Geislingen eine nationalsozialistische Versammlung angelegt, aber von den Arbeitern verhindert worden. Es scheint demnach, daß die Leitung der bayrischen und württembergischen Nationalsozialisten sich gegenseitig ihre Stoßtrupps zur Verfügung stellen. Vor einiger Zeit war ein württembergischer Stoßtrupp in Bayreuth in Aktion getreten, jetzt kommen die Bayern nach Württemberg zum Schutz der dortigen nationalsozialistischen Bezirksversammlungen.

Ein sozialistischer Wahlsieg. Bei den Stadtverordnetenwahlen am Sonntag in Baunten haben die Sozialdemokraten 13, die Kommunisten zwei Sitze und die bürgerlichen Parteien zusammen 20 Sitze errungen, während früher das Verhältnis zwischen bürgerlichen und sozialistischen Mandaten 24 : 11 war. Die Sozialdemokraten haben bei den letzten Wahlen zwei Sitze hinzugewonnen und die Kommunisten, die bisher keine Vertretung hatten, ein Mandat erworben.

Die Schulpferrungen in Olmütz. In seiner gestrigen Rede im Senat wies Genosse Pollack darauf hin, daß in Olmütz bisher gesperrt wurden: Eine fünfklassige selbständige Knabenschule, eine fünfklassige Mädchenschule, eine Parallelabteilung bei der noch bestehenden Mädchen-Volksschule, eine vierklassige Knaben-Volksschule in Olmütz-Neugasse, eine zweiklassige gemischte Volksschule in Olmütz-Paulowitz, eine einklassige Volksschule in Olmütz-Peretein, zusammen also 18 Klassen; außerdem ist eine städtische höhere deutsche Mädchenschule mit zahlreichen Lehrkräften aufgelöst worden und dazu drei deutsche Kindergärten.

Verbreitet die Arbeiterpresse.

Die Prügelstrafen sterben nicht aus. Unser Bodenbacher Parteiblatt berichtet aus dem Ort Rosendorf, daß der dortige katholische Pfarrer Lindner die sympathische Gewohnheit besitzt, den ihm anvertrauten Kindern den Gehorsam durch Stockhiebe beizubringen. Jüngst schlug er ein armes Mädchen wegen einer ganz geringen Sache derart auf die Hand, daß dadurch eine fünf Zentimeter lange und zwei Zentimeter breite offene Wunde entstand. Dies der ärztliche Befund. Es ist zu hoffen, daß nun auch der elterliche Befund nicht ausbleibt und daß dieser dahin geht, entweder dem Prügelstraffer andere Methoden beizubringen, oder ihn aus der Schule zu entfernen oder aber — und das wäre wohl der vernünftigste — die Kinder einfach dem Religionsunterricht zu entziehen.

Ueber die Studentendemonstration in Putzbrunn erzählt man nachträglich aus der rumänischen Presse, daß es dort am Sonntag wiederum zu Kundgebungen der rumänischen Hochschüler kam, welche die Einführung des numerus clausus forderten. Die Militärkräfte, die aufgestellt worden waren, wurden mehrmals durchbrochen. Es wurden zwei Salven in die Luft abgegeben und mehrere Studenten verhaftet.

Drei schwere Unglücksfälle haben sich diese Woche in den Chaudron-Metallwerken in Bodenbach ereignet. Einem Arbeiter wurde dadurch, daß beim Arbeitsprozeß ein Kupferrohr, vermutlich infolge Verwendung minderwertigen Materials, zerbrach, der Daumenballen der rechten Hand zerrissen. Ein zweiter Arbeiter rutschte beim Transport eines 160 Kilo schweren Kupferrohrs aus, das Rohr entglitt ihm und zerquetschte ihm vier Fingern vollständig und ein dritter Arbeiter verunglückte beim Ausladen von Kupferbarren. Einer der Wagen war mit 15 Barren belastet und die damit beschäftigten Arbeiter konnten diese schwere Last nur mit der größten Anstrengung vom Waggon bringen. Dadurch nun, daß von diesem Waggon die Last kippte, wurde einem Arbeiter der linke Fuß förmlich breitgequetscht. Wir erwarten, daß eine Kommission diese Unglücksfälle untersuchen und bei dieser Gelegenheit auch den ganzen Betrieb einer gründlichen Revision unterziehen wird. Wir hegen nämlich die Vermutung, daß den größten Teil der Schuld an diesen Unglücksfällen die Betriebsleitung trägt, da ja aus dem Bericht selbst hervorgeht, daß dort die Produktionsmittel aus minderwertigem Material bestehen und daß die Arbeiter den Transport allzu großer Lasten zu bewerkstelligen haben. Wir erinnern bei dieser Gelegenheit auch daran, daß sich in demselben Werk vor gar nicht allzulanger Zeit ein großes Unlück ereignete, dem einige Arbeiter zum Opfer fielen. Es wäre notwendig, daß in diesem Betrieb einmal gründlich Umschau gehalten wird.

Ein Merkmal als Mädchenhändler. Wie die Blätter berichten, befindet sich der Fabrikdirektor Julius Witt in Smolnik (Slowakei), der Vertreter einer in der ungarischen Wirtschaftsjournalistik Partei ist, wegen schwerer Verbrechen gegen die Sittlichkeit in gerichtlicher Untersuchung. Witt soll geradezu einen Großhandel mit Mädchen betrieben haben und drei Frauen in seinen Diensten gehalten haben, die ihm gegen feste Bezahlung Waren lieferten. So zahlte er für „Ware“ zwischen 14 und 16 Jahren 100 K., zwischen 18 und 20 Jahren 50 und für ältere 20 bis 30 K. Bis her sind ihm 77 Opfer nachgewiesen, die er in verschiedene ungarische und polnische Städte expedierte.

Der Jahre für Paschaweh. Der ehemalige Kaiser und Kaiserleutnant der k.u.k. Armee, Ferdinand Paschaweh, wurde bekanntlich vom Bräuer Schwurgericht wegen Betruges zu drei Jahren schweren Kerkers verurteilt. Ueber Berufung der Staatsanwaltschaft Bräu hat das Oberlandesgericht in Prag diese Strafe auf vier Jahre schweren Kerkers erhöht.

Ueber den letzten sächsischen König, der von Gottes Gnaden ein großes Geisteskind war, ist eine Anzahl köstlicher Anekdöten im Umlauf. Hans Reimann hat sich der dankenswerten Mühe unterzogen, uns im Spiegel lustiger kleiner Historien den „Monarchen“ im Lichte bewundern zu lassen. Besonders köstlich war „August“ bei Vorstellungen. Einmal war es ein Leipziger Universitätsprofessor, dem er ein paar Jahre zuvor schon auf den Zahn gefühlt hatte, was er denn nun eigentlich läse, und der ihm auch diesmal mit der nämlichen Antwort aufwartete: über Goethe. Darauf der König ganz erlautet: „Nun, wann Sie denn da noch nicht färdi (fertig) drmid?“

Große Diebstähle in Berliner Museen. In einigen Berliner Museen wurden in der letzten Zeit wiederholt Einbruchversuche gemacht. Vor einigen Tagen gelang es bisher unbekanntem Dieben im Kaiser Friedrich-Museum alte liberne und goldene Kunstschätze von bedeutendem Werte zu entwenden. Die Täter öffneten einige Vitruinen mit Gewalt und stahlen daraus kostbare ausländische Kunstwerke. Der Verdacht richtet sich auf Ausländer.

Nichtpreise für Fische. Wie ein tschechisches Blatt erzählt, hat das Ministerium für Volksbeschäftigung für die Weihnachtszeit für Fische Nichtpreise festgesetzt, und zwar hat danach ein Kilo Karpfen 12 K 50 h zu kosten. In diesem Nichtpreise darf nur der Unterschied in den Frachtkosten in der Parität Prag und Verkaufsort eingerechnet werden, wenn der Geschäftsmann bei der Bezirksverwaltung höhere Frachtkosten nachweist.

Tollwut in Prag. In den letzten Tagen sind in Groß-Prag einige Tollwutfälle vorgekommen. Das Publikum und alle Hundebesitzer werden aufmerksam gemacht, daß über Groß-Prag die Hundesperrung verhängt wurde.

Das Schandurteil im Hardenprozeß.

„Körperverletzung!“ — Gelling'strafen!

Berlin, 15. Dezember. (Wolff.) Im Hardenprozeß wurde gegen ein Uhr nachts das Urteil gefällt. Es lautete beim Angeklagten Grenz wegen Verletzung zur Körperverletzung auf vier Jahre, neun Monate Gefängnis, gegen Weichardt wegen Verletzung zur Körperverletzung unter Zuhilfenahme mildernder Umstände auf zwei Jahre, neun Monate Gefängnis. Beiden Angeklagten werden zwei Monate Untersuchungshaft eingerechnet. Außerdem wurde die Einziehung des Loschlägers verfügt. Die Angeklagten erklärten sich mit dem Urteil zufrieden geben zu wollen.

Auf das Urteil rief eine Wendung, die Harden in seinem Schwurwort an die Richter gebrauchte: „Wohin ich im neutralen Ausland komme, sagt man mir, Deutschland gehe zugrunde durch seine Solidarität mit den Mördern.“ Er hat es sich wirklich solidarisiert, hat eine Tat, deren planmäßige Vorbereitung und Durchführung im Prozeß sonnenklar gewesen, der die Tötungsabsicht lüdenlos nachgewiesen worden ist, als „Körperverletzung“ hysteresiert und, während es schon nach ins Zuchthaus setzte und ihm die Ehre aberkannt, zwei zünftige Norddeutschen zu Gefängnishaft verurteilt und ihre Ehrenrechte mangeltet gelassen. Die Milde des Urteils — nicht so sehr das Festhalten der Haft als die Qualifizierung der Tat als Körperverletzung — fordert das hofenkreuzerische Norddeutsche förmlich auf, seine heimtückischen, blutgetränkten Wege weiter zu gehen. Der bayerische Bundesführer Hitler bekommt sonstigen einen Freibrief, den nationalsozialistischen Oberhäupten zu Nord und Brand zu geben.

Man muß die Beweisaufnahme und das Verhör der Täter lesen, all die Niedertracht und Feigheit, die hier am Werke war, bekammenschen, um die Empörung über das Urteil voll und ganz zu begreifen. Schon die hier veröffentlichte Korrespondenz der Täter, in welcher sie das „Geschäft“ verabreden und um den Sündenlohn wie um irgend eine andere Ware feilschen, machte das Blut starren und doch enthielt sie erst einen geringen Bruchteil der Gemeinheit, in der sich Gelling, Halenzuglerer, Reibet und Schimmler in so widerlicher Weise paaren. Grenz, der Vermittler zwischen den Vollführern der Tat, Anfermann und Weichardt, und deren Bestkern, den unbekanntem „Herren in München“, wurde von dem zum Mord angeworbenen „treuen völkischen Kämpfern“, den „Araben deutschen Männern“ gepöbelt und ausgehöhelt wie von Vampyren. Fortwährend bestürmten sie ihn um Geld, Geldbriefe und Telegramme wurden wie ein Trummelfeuer auf ihn losgeschleudert, und nicht genug daran, ergingen auch noch Anfermanns Frau und Schwiegervater die Sturmtruppe auf die Kasse des Grenz und der „München Herren“. Ausgeführt wurde die Tat erst, als die Geldquellen, wenn nicht das „Geschäft“ (der Mord) zustande kam, zu versiegen drohten und damit die Möglichkeit des lustigen Lebens, dem sich Anfermann und Weichardt bis dahin auf fremde Kosten hingeegeben hatten. Zwanzigtausend Mark haben sie solcher Art durch die Gurgel gejagt, die, wie Hardens Vertreter nachweis, mit ziemlicher Sicherheit vom „Völkischen Schutz- und Trutzbund“ in Oldenburg aufgebracht worden sind. Jedenfalls gab Grenz an, er sei Mitglied des Schutz- und Trutzbundes, des „Zobbeln“, des Nationalverbandes deutscher Soldaten, des „Trennbundes für aufstrebendes Leben“, und er habe auch an der Gründung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei in Oldenburg mitgewirkt. Ferner habe er auch eine Liste der Oldenburger Juden aufgestellt, damit bei den betreffenden Kaufleuten nicht mehr gekauf werde.

Daß es sich um einen Mord und nicht um „Körperverletzung“ gehandelt hat, beweist der aus München datierte Bestellbrief. Hier heißt es ausdrücklich: „Haken Sie Dank für Ihre bereitwillige Kurberstellung. Es handelt sich um die Erledigung der auf dem heillosen Rittel genannten Person. Gleichzeitig wollen Sie beide Männer förmlich verhaften, die Form bleibt Ihnen überlassen. Weitere Nachrichten erhalten Sie von Zeit zu Zeit.“ Auf dem Zettel stand der Name „Maximi-

lian Harden“. Bei der polizeilichen Einvernahme hat Grenz die Tötungsabsicht rundweg zugegeben, erst für den Prozeß hat er sich die Ausrede zurechtgelegt, es sei bloß eine „Unschädlichmachung“ Hardens beabsichtigt gewesen. Als Beweis dafür rekonstruiert er aus dem Gedächtnis (!) einen angeblichen Brief aus München, der verlangt habe, daß Harden bloß an der von ihm geplanten Amerikareise gehindert werden solle. Und just diese im Danden zu greifende dumme Ausrede haben die Geschworenen geglaubt, weil sie mitleid urteilen wollten. Wie aber reimt sich mit der „Körperverletzung“ das zu einem Mord geeignete Instrument, der Schlagring? Wie die Aussage des Sachverständigen, Harden habe vierzehn Tage in Todesgefahr geschwebt? Und wie endlich die Aussagen Weichardts, daß er am Tage vor der Tat mit Anfermann am Hundelebense (sprazieren) gegangen sei. Plötzlich habe Anfermann erklärt: „Morgen früh führe ich die Tat aus. Es geht auf Viegen oder Brecken.“ Und als Weichardt ihm widersprach, erklärte er: „Du mußt mitmachen, ob Du willst oder nicht, tu fast Dein Ehrenwort gegeben.“ Als Weichardt sich dann am nächsten Morgen weigerte, sagte Anfermann: „Gut, Du bleibst in der Nähe, aber beim kleinsten Wack bist Du erledigt.“ Schon vorher, als Weichardt sich zurückziehen wollte, habe ihn Anfermann erklärt, das sei einerlei, es müsse gemacht werden. Ich hätte mich durch Handschlag verpflichtet. Wenn Du nicht mitmachst, dann geht es (der Angeklagte zögert und stottert einige Zeit) — dir ums Leben.“ Ganz dazu stimmt die Ausrufung des Grenz: „Verdammter trifft die gleiche Strafe wie denjenigen, den die gegenwärtige Aufhebung betrifft.“ Organisiert sich eine Gesellschaft derart nach allen Kunstregeln der Mafia, um einen Copier nur am „Körper“ zu „verleihen“? Aufser den Geschworenen wird das wohl niemand glauben.

Oder hat sich Weichardt etwa als unfähig erwiesen, einen Menschen zu töten, so daß die Geschworenen zu ihrem milden Urteil kamen? Im Gegenteil: das Leben eines dreizehnjährigen Knaben hat er schon auf dem Gewissen und vor dem Untersuchungsrichter benahm er sich so roh, lahm und lächerlich in einem fort derart aufzuehen, daß es den Richter eckte. Wenn Weichardt während des Prozesses selbst zitterte und bebte, auslief sich in Widersprüche verwickelte und de- und wehmütig bedauerte, so benahm er sich damit nur so feige wie andere halenzuglerische Heiden auch. Dieses Verhalten bewies eben wenig gegen die Mordabsichten wie das provokant-draufgängerische, stets von einem lächeln Lächeln begleitete Benehmen des Grenz.

Wie Harden sollte, freud Donnerstags zur Entschreibung, „ob weiter fortwirken dürfe, was Deutschland jetzt ein Terror hat, oder ob irgendwo Grenz gestiftet“? Die Geschworenen haben es entschieden. Sie haben willig ihre Ausrede, jede Lüge der Terroristen aufgezissen, um den Mord gegen den unglücklichen Mann der Pfen zu entschuldigen, sie haben die deutsche Maffensicht aufgegeben, um sich zur rechtschaffenen Gewaltlosigkeit zu bekennen, sie haben den Mördern und Besessenen, wofür sie nur auf Monarchie und Halenzuglerer, einen verheerenden Freibrief ausgestellt! Wenn die Achtung, unter der Deutschland im Ausland noch immer leidet, auch fernherhin währt, so haben die Berliner Geschworenen ihr rechtlich Teil daran.

Sozialdemokratische Intervention wegen des Urteils im Hardenprozeß.

Berlin, 15. Dezember. (Eigenbericht.) Wegen des Schandurteils im Hardenprozeß, das in der gesamten sozialistischen und liberalen Presse Entzürstung und sogar bei den deutschnationalen Wählern Klauen erregt, haben unsere Genossen im Reichstag unter Hinweis auf das Buch Gumbels „Die Jahre politischer Mord“ an die Regierung folgende Fragen gerichtet: Sind der Regierung diese Urteile (die Gumbel kritisiert) bekannt? Galt sie diese für vereinbar mit der Rechtschaffenheit? Weisheit die Regierung über die innen- und außenpolitische Wirkung dieser Urteile? Welche Maßnahmen bederft die Regierung zur Wiederherstellung der Rechtschaffenheit gegen offenbar organisierte Mörder zu ergreifen?

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Der Salzpreis.

Gestern fand in Prag eine Sitzung der ständigen Konsumentenenquête statt, bei der zunächst die Wahlen in die Sachkommissionen vorgenommen wurden. Von unseren Genossen wurden gewählt in die Kommission für Getreide Diel, für Obst, Gemüse und Kartoffeln Fischer, Fleischer und Fett, Diel, Textilien und Schuhe Fischer, Zuder, Spiritus Diel, gegen Wucher und für den allgemeinen Preisabhang Cermak, Bücher Fischer, Salz und Jünderhölzer Pantrac, Zolltarif, Verkehrscharife, Verbrauchsabgaben Cermak. Sodann wurde dazu übergegangen, die Frage des Salzpreises zu beraten. Von einer Reihe von Rednern wurde hervorgehoben, daß der Preis des inländischen Salzes, das im Detail ungefähr 2.10 Kronen kostet, unverhältnismäßig höher ist, als der Preis des deutschen Salzes, das 1.30 Kronen kostet. Die Konsumenten werden vom Finanzministerium, welches die Einfuhr von Salz aus Deutschland

Ausland zu gestatten. Zum Schluß wurde noch über das Bewilligungsverfahren im Einfuhrhandel gesprochen und beschlossen, die für die Volkswirtschaft wichtige Frage auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen der ständigen Konsumentenenquête zu setzen.

Regelung der Arbeitslosenunterstützung in Deutschösterreich.

Aus Wien wird uns unter dem 15. Dezember telephoniert: Heute vormittags ist in der Frage der Arbeitslosenunterstützung ein Kompromiß zwischen den Regierungsparteien und den Sozialdemokraten zustande gekommen. Strittig war vor allem die Frage jener Arbeitslosen, die nach dreißig Wochen ausgereizt wurden. Die Regierung wollte diesen dann bloß die halbe Unterstützung geben. Es kam nun folgendes Kompromiß zustande: Diejenigen, die nach dreißig Wochen keine Arbeit finden, bekommen, wenn sie in besonderer Not sind, und nach der Wirtschaftslage keinen Erwerb finden können, eine außerordentliche Nothandlungsunterstützung in der Höhe der Arbeitslosenunterstützung. Die Kurzarbeiter, das sind diejenigen, die in den letzten drei Wochen nur während der Hälfte der üblichen Arbeitsstunden beschäftigt waren, bekommen, wenn sie dann länger als drei Tage arbeitslos sind, schon vom ersten Tage der Arbeitslosigkeit an die Arbeitslosenunterstützung. Die zweite strittige Frage war die Austeilung der Kosten der Arbeitslosenunterstützung. Die Regierung wollte, daß auch die Gemeinden einen Teil der Arbeitslosenunterstützung zahlen. Darin kam nun die Vereinbarung zustande, daß die Kosten der Staat vorstufweise bestreitet und daß dann 80 Prozent zur Hälfte von den Arbeitgebern und zur Hälfte von den Arbeitnehmern refundiert werden. Für die Gemeinden wird bloß prinzipiell festgesetzt, daß sie einen Teil der an Arbeitslose ihres Gebietes ausgezahlten Unterstüzungen zu ersetzen haben. Die Höhe der einzelnen Anteile und der Zeitpunkt, mit welchem diese Ersatzpflicht beginnt, wird aber erst durch ein besonderes Gesetz geregelt werden. Diese Vereinbarung wurde auch bereits heute vom Nationalrat angenommen.

Deutsche Ausgleichszahlungen.

Der Artikel 296 des Versailler Vertrages bestimmt, daß die Abwicklung der privaten Forderungen und Verbindlichkeiten aus der Vorkriegszeit zwischen deutschen Staatsbürgern und Angehörigen der alliierten Staaten durch Vermittlung von staatlichen Ausgleichämtern vorgenommen werden wird. Es ist verboten, diese Verbindlichkeiten durch unmittelbares Benehmen zwischen Gläubiger und Schuldner abzuwickeln. Jeder alliierten Macht war es freigestellt, an diesem Ausgleichsverfahren teilzunehmen. England, Frankreich, Belgien, Italien, Griechenland, Dänik und Litau haben sich dem Ausgleichsverfahren angeschlossen. In der Zeit von Mitte August 1920 bis Mitte November 1922 haben erhalten England 23.479.427 Pfund, Frankreich 374.287.633 Francs, Esth-Lettland 250.311.225 Francs, Belgien 133.928.892 Francs, Griechenland 479.142 Drachmen und Litau 19.715 Pfund. Diese Summen entsprechen einem deutschen Gegenwert von 615.508.71 Goldmark. Zur Beschaffung der notwendigen Zahlungsmittel hat das deutsche Ausgleichsam insgesamt rund 43 Milliarden Papiermark aufwenden müssen.

Eine russische Waldkonzeßion an Norwegen.

Der norwegische Hauptmann Vry hat der „Industrie- und Handels-Ztg.“ zufolge im Auftrage verschiedener Norweger, die Sägewerke in Nordrussland besitzen, und gleichzeitig im Auftrage der Besitzer der „The Onega Wood-Company“ mit dem Chef des nordrussischen Holztruffs, Liebermann, unter Mitwirkung Krassins und des Bevollmächtigten der Sowjetrepublik in Christiania, Surtik, einen Vertrag abgeschlossen. Es wurde eine gemischte norwegisch-russische Gesellschaft gebildet, die den Namen „The Onega Forest Industry Co. Ltd.“ trägt. Die Hälfte der Aktien soll der russische Staat besitzen, die andere Hälfte die nicht-russischen Gesellschafter. Die Onega Forest erhält Konzessionen auf alle Wälder, die im Onegaflussecken liegen und gleichzeitig das Gebrauchrecht an den Sägewerken, die früher den Gesellschaftern gehört haben. Diese Konzession ist die größte bisher von Russland gewährte Waldkonzession. Sie umfaßt ein Areal von 25.000—30.000 Quadratkilometer.

Deutlenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Berlin	1600.00
Prag	222.94
Wien	2140.00

Züricher Schlushtarje.

Berlin	006.87	Paris	3520.00
Wien	000.74	Wienland	2945.00
Prag	1000.00	Zudapest	022.50
Sofia	211.00	Belgrad	000.00
Am Harz	528.50	Warschau	0003.10
London	24.48	Wien act.	000.00

Prager Kurse.

100 holl. Gulden	1295.00	100 poln. Kronen	136.50
100 Mar.	030.50	100 ungar. Kronen	146.50
100 schwed. Kronen	611.75		
10 Lire	166.75		
100 franz. Frank	288.25		
1 Pfund Sterling	149.75		
1 Dollar	3217.50		
100 belg. Frank	291.25		
100 Dinar	32.00		
100 österr. Kronen	004.50		
100 poln. Mark	015.50		
100 ungar. Kronen	136.50		

verboten hat, direkt ausgewuchert. Der Vertreter des Finanzministeriums legte die Grundzüge dar, von der sich sein Ministerium bei der Salzbeschaffung leisten lasse, ohne jedoch die Anwesenden von der Nichtigkeit dieser Preispolitik überzeugen zu können. In der Debatte wiesen insbesondere Direktor Lustig der tschechischen Großhandels-Gesellschaft und Genosse Diel im einzelnen den Wucher nach, der mit dem Salz getrieben wird. Aber auch die übrigen Redner stellten sich auf den Standpunkt, daß der Preis des Salzes unbedingt herabgesetzt werden müsse und der Vertreter des Ernährungsministeriums schloß sich diesen Ausführungen an. Schließlich wurde der Antrag angenommen, daß die ständige Enquete eine besondere Kommission mit der Ueberprüfung der Gesteuungskosten des inländischen Salzes betraut. Dieser Kommission wird über Beschluß der Enquete auch der Antrag der Genossen Diel, Pantrac und Dr. Strauß zugewiesen, der die Forderung enthält, daß das inländische Salz nicht eher in den Handel gebracht werden darf, als bis dasselbe genuffähig erzeugt werden kann. Bis zu dieser Zeit ist von der Regierung die Einfuhr des Salzes aus dem

Kleine Chronik.

Die ältesten Zahnärzte. Die Zahnheilkunde gehört zu den ältesten Künsten des Menschengeschlechts. In einem englischen Museum befindet sich das Beispiel einer Goldbrücke aus etruskischer Zeit, also etwa 3000 Jahre alt. Nach Herodot besaßen die Ägypter eigene Geräte für die Zahnkrankheiten, und Cicero zitiert eine Stelle des alten römischen Rechtskodexes, das es misbilligt, mit Zähnen zu essen, die mit Gold angelassen sind. Maximal schiedert die Stelle seiner Satire gegen die vornehmen Damen, die in ihrem Mund „gelassene Zähne“ aus indischem Horn, das heißt aus Elfenbein, tragen.

Aus der Arbeiterbewegung.

Verharmelung der Arbeiterorganisationen in Japan. Die letzten Monate waren in Japan durch die Verharmelung einer Einheitsfront der Gewerkschaften zu bilden, gekennzeichnet. Durch die Schaffung einer zentralen Arbeiterorganisation (Nihon Rengo Club) haben die Arbeitgeber in der letzten Zeit ihre Stellung verstärkt, während die Macht der Arbeiter sich in verschiedenen Gewerkschaftsgruppen, die alle gesondert vorgehen, gesplittet. Die Vertreter der beiden wichtigsten Arbeiterorganisationen „Kansai Robo Domei“ (Gewerkschaftsbund des Westens) und „Nippon Robo Sodomei“ (Japanischer Gewerkschaftsbund) hatten bereits in ihrer gemeinschaftlichen Sitzung vom 2. April den Grundstein zu dieser Verharmelung gelegt. Dieser ersten Sitzung waren verschiedene andere gefolgt, und am 10. September wurde dann in einer von 58 Delegierten verschiedener Organisationen besuchten Versammlung zur Festlegung der Grundprinzipien der nationalen japanischen Arbeiterorganisationen geschritten. Dieser Organisation soll, unter dem Namen „Nihon Robo Kumiai Rengo“ (Japanischer Arbeitergewerkschaftsbund) die tatsächliche Vertretung im Kampf und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen obliegen. Ferner soll sich der Bund in der internationalen Arbeiterbewegung betätigen. Die Haltung einer Gruppe mit fundamentalistischem und fast ausgeprägtem anarchistischem Charakter hat die endgültige Schaffung des japanischen Arbeitergewerkschaftsbundes verhindert, weil sie fürchtete, daß die Macht des Hauptverbandes des japanischen Arbeitergewerkschaftsbundes das Bestimmungsrecht der ihm angeschlossenen Gewerkschaften beeinträchtigen könnte. Die Vereitelung des Einheitsbündnisses wird jedoch nur eine Verzögerung in dem Zusammenschluß bedeuten und die Zeit wird beweisen, daß der japanische Gewerkschaftsbund tatsächlich über die erforderlichen Kräfte verfügt, um auf der beschrittenen Bahn erfolgreich weiterzuwirken. (The Osaka Manichi — The Federated Press.)

Vorträge.

Freimaurerei und Humanitätsgedanke.

Ein Vortrag August Horneffer: „Urania“, 14. Dezember.

In der Not der heutigen Zeit erwarten manche vom Himmel Hilfe, andere von geheimen Kräften und Geistern, vom Okkultismus; Horneffer von der Humanität, wie sie bei den Freimaurern gepflegt wird. Darüber hielt er eine geistvolle und folgerichtig aufgebaute Vorlesung, voll Begeisterung für die Ideale des Freimaurertums. Als es sich 1717 in England organisierte, war die Menschlichkeit und Duldsamkeit eben erst wieder von der Philosophie zur Geltung gebracht worden gegenüber dem fanatischen Haß der Inquisition der römischen Kirche. Diese Humanität, welche denn von den großen Deutschen: Herder, Goethe, Schiller und Fichte, die alle Freimaurer waren, tiefer erfährt und künstlerisch verklärt wurde, will, daß der Mensch frei werde von Vorurteilen und Leidenschaften, sie sieht in jedem Menschen, der an sich arbeitet, einen Bruder und will in Gemeinschaft mit allen Gleichgesinnten am „Dom der Menschheit weiterbauen“. Dieses Bild hat hier tieferen Sinn. Denn aus dem Kunstwesen des Mittelalters, aus den Bauhöfen der Steinmetzmeister, stammt die heutige Organisation der Freimaurer; deshalb haben sie heute noch die drei Grade der Lehrlinge, Gesellen und Meister, deshalb tragen die einzelnen Vereinigungen den Namen Logen (Lauden). Groß sind von den Ideen der Freimaurer, die Horneffer entwickelte, folgende zwei: Der Mensch ist ihnen ganz im Sinne Kant's Selbstzweck; kein Mensch darf bloß als Mittel, jeder hat das Recht, als Mensch mit Selbstwert geschätzt zu werden. Damit sind auch wir Sozialisten einverstanden, daß der Arbeiter aufhöre, bloßes Ausbeutungsobjekt, bloße Sache, ein Mittel zum Zwecke der Schaffung von Mehrwert zu sein. Und die zweite Idee findet erst recht die uneingeschränkte Billigung jedes Sozialisten: die Schätzung der Arbeit. Die Arbeit ist das Mittel, das Ausbeutende in der Welt zusammenzufügen, das Unvollkommene zu vervollkommen; aber nicht fesselnlose, mechanische Arbeit, sondern mit Liebe und Einsicht getane. Zum Schlusse seiner Vorlesung wandte sich Horneffer gegen die Verleumdungen und Vorwürfe, die namentlich die Merkisten und Nationalisten gegen die Freimaurer grundlos erheben, z. B. die Freimaurer seien schuld am Kriege u. a. m. Wir Sozialdemokraten glauben aber so was nicht mehr, wir kennen das: Wenn die Christlichsozialen und Deutschösterreichischen einen Sündenbock für ihre eigenen Verbrechen brauchen, dann kommt es ihnen auch auf die größten Lügen nicht an. Sie verleumdern und lägen im Vertrauen auf die Dummheit des Volkes. Die Anlage, daß die Freimaurer durch ihre Toleranz die nationalen Gegensätze überbrücken wollen, ist in unseren Augen eher ein Lob im Sinne des Internationalismus, wie auch wir ihn auffassen, nämlich die Zusammenfassung nationaler Organisationen zu einer

übernationalen Einheit. Auch den zweiten Vorwurf, der sich gegen die Verschwiegenheit und Geheimhaltung in den Freimaurerlogen richtet, sucht der Vortragende mit guten Gründen zu entkräften. —r.

Kunst und Wissen.

Operngastspiele in Variationen. Dem Publikum des Neuen Deutschen Theaters in Prag wird in der letzten Zeit mehr als reichliche Gelegenheit gegeben, alle möglichen Arten von Sängergastspielen im Opernbetriebe kennen zu lernen. Probegastspiele Anstellung anstrebender Sängern und Sänger, Auswahlgastspiele einjähriger Ersatzkünstler und schließlich Fest-Gastspiele berühmter Gesangstara, letztere natürlich bei ausgehobenem Abonnement, wechseln miteinander in unheimlicher Mannigfaltigkeit ab. Denn wie der Konzertsaal ist auch die Opernbühne in Prag ganz vom Salutproblem beherrscht; die Jagd nach guter scheidlicher Valuta kommt im Opernbetriebe durch die zahlreichen Sängergastspiele deutlich genug zum Ausdruck. Alfred Picaver, der „Star-Tenor“ der Wiener Staatsoper, wie ihn die Theatervoranzeigen reklamierfroh zu bezeichnen gerubten, ließ seinem Auftreten als Herzog im „Rigoletto“ den „Bajazzo“-Selden Canio folgen. Just die gleichen Gesangspartien, mit denen seinerzeit Caruso ungeheure Triumphe in Prag errang. Nur ist Herr Picaver noch lange kein Caruso, weder gesangstechnisch und stimmlich, noch und vor allem darstellerisch. Im Gegenteil, Picavers Stimme, die sich nie durch besondere Größe, sondern nur durch gleichmäßige Schönheit auszeichnete, hat viel an Glanz und Wärme verloren, seit wir ihn zum letztenmale hörten; darstellerisch hat der Künstler seit früher wohl zugelern, aber sich in seine Aufgaben nicht so vertieft, daß das Vollenhafte überall verschwinden wäre. Was wir ihm und der mitverantwortlichen Theaterdirektion aber auf keinen Fall verzeihen und entschuldigen können, ist das geschmacklose Opernarien-Konzert, das die erste Abteilung des donnerstägigen Gastspielabends des Sängers bildete. Wenn schon bei solch einem Anlasse Opernarien im Theater gesungen werden müssen, noch dazu mit Orchesterbegleitung, dann sollen sie wenigstens in szenischer Fassung gebracht werden. In dieser „Bajazzo“-Vorstellung trat auch Frau Hedwig Debicka von der Wiener Volksoper als Nedda auf — ein gerade in dieser Rolle unbegreifliches Gastspiel, da wir in Frä. Dinesen eine hinreichend qualifizierte Nedda besitzen. Frau Debicka hatte, als sie noch die unsrige war, eine der blühendsten und wärmsten Sopranstimmen, die je auf der Bühne des Neuen Theaters zu hören waren; heute stützt sich diese Stimme vorzüglich auf die Technik der Kapitone und auch die geraten nicht immer rein und weich. Auch die sonntägliche Aufführung der „Zauberflöte“ von Mozart bildete nur den Rahmen für etliche Sängergastspiele. Frau Jitka Göhl sang ausfallsweise die ihr ohrenschmerzhaft so hoch liegende Partie der ersten Dame, Frau Debicka aus dem gleichen Grunde und schlecht disponiert die „Königin der Nacht“ und Herr Kubla aus ebenderselben Veranlassung den Tamino. Als Gast auf Anstellung schließlich sang Eva Graf aus Nürnberg die Pamina; mit gutgepflegter, nur in der oberen Quarte nicht frei und füllig genug ansprechender Stimme. Ob sie geeignet ist, das vielseitige jugendlich-dramatische Gesangsfach nach Fräulein Müller zu übernehmen, müßten wohl noch andere, dramatisch persönlichere Rollen erweisen. Die wundervolle Cuvettüre litt unter übertriebenen Sforzando's Alexander Zemlinsky. —ek.

Neues Deutsches Theater. Heute und morgen Gastspiel Emmy Sturm-Herz Silla in der Operettenneuheit „Die Braut des Lucullus“. — Frä. Körtner tritt morgen nachmittags als Chylole in Shakespeares „Kaufmann von Venedig“ auf (Anfang

Lüchtiger, verlässlicher, lediger
Kommis

wird als Koncehatter für Filiale aufgenommen. Kleine Kaution Bedingung. Eintritt sofort oder ab 1. Jänner. Nonnum- und Spargenossenschaft in Eisenkras.

Egger & Co.
Prag-Karlin, Královská 14.
Fabrik pharmaceutischer Zuckerwaren.
Eggers Milch- und Kaffeekekarmellen,
Eggers 140er Peppermint 544
In allen Kon-umverainen erhältlich.

B. BERSON
GUMMIABSÄTZE
and
GUMMISOHLEN
sind billiger und dauerhafter wie Leder!
Besten Schutz gegen Nässe u. Kälte!

halb 3 Uhr) und spielt Montag die Titelfrolle in Shakespeares Trauerspiel „Ethello“. Für die Nachmittagsvorstellung sind Karten auch bei Epifler Deutsch, Graben 25, Urania-Kanzlei und in der Deutschen Auskunftsstelle (Deutsches Kasino) zu haben. — Nachvorstellung: Brüder Leopoldi, Fris Wiesenthal, Charlotte Waldow, Samstag, 10 Uhr.

Urania.

Heute: 4 bis 6 Uhr. Kurze: Prof. Bruscha. — Halb 7 Uhr: „Kunst- und Kulturgeschichte der Griechen und Römer“ (mit Lichtb.), Prof. Dr. Wil. Karten 2 und 3 K. — 8 Uhr: „Pariser Kolofo“ (mit Lichtb.), Professor der Technik Hugo Schmecher. Karten 6 bis 4 K, Mitglieder Ermäßigung.

Sonntag: viertel 10 Uhr. Kurz: Otto Soltau. — Halb 11 Uhr vorm.: Jugendveranstaltungen: „Zum Weinen und Schmunzeln“, Lehrer Alfred Scholz. (Für die unteren Klassen der Mittel- und für die Bürgerkassen.) Einzelkarte 2 K. — Halb 11 Uhr vorm.: „Das Wesen der englischen Demokratie“, Prof. Dr. E. Rosenbach (für die oberen Klassen der Mittelkassen). Karten 2 K. — 4 Uhr nachmittags (Großer Saal): „Die Wintersehnsucht des Riesengebirges“ (mit zahlreichen Lichtb.), Dr. Kubisch-Dresden. Vortrag in der Reihe „Im Wilde durch die Welt“. Karten 4 und 5 K.

Montag, den 18., 8 Uhr: „Die religiöse Not und ihre Ueberwindung“, Dr. Fr. Mittelmeher-Berlin. Karten 11 bis 6 K, Mitglieder 8 bis 4 K.

Dienstag, den 19., 6 Uhr: Urania-Kinovorstellung im Bio Alma: „Das Weib des Pharaos“. Für Jugendliche und Schüler zugänglich. Karten 2 bis 10 K, Urania und Wegler.

„Die Wintersehnsucht des Riesengebirges.“ Dr. Kubisch-Dresden in der „Urania“. Eine Fahrt in das Reich Rühbezahls. Großer Lichtbildvortrag. Sonntag, den 17., 4 Uhr nachmittags. Karten: 4 und 5 K Urania-Kanzlei.

Urania-Kinovorstellung. Frau Wegner, Eva Salmon, Dagny Servaes, Emil Janning, Harry Liedtke, Passermann im neuen Lubitsch-Film „Das Weib des Pharaos“ (Stabial-Leihanstalt). Für Jugendliche und Schüler zugänglich. Dienstag, den 19., 6 Uhr, Bio „Alma“ (Gerbergasse). Karten 10 bis 2 K, Urania und Wegler. 1922

Arbeiter-Taschentalender

oder ein
Arbeiter-Jahrbuch 1923
Preis: Taschentalender . . . 6 Kronen
Jahrbuch 1923 . . . 7 Kronen
Zu beziehen durch das Sekretariat der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Teplitz-Schönan, Seilerstraße 1.

Kuh & Kreitsch
Likörfabrik
Teplitz-Schönan.

Brüder Tauber
Weingrosshändler
Weingutsbesitzer
Prag-Hysočan.

Die Volksbuchhandlung
Ernst Sattler,
Karlsbad
unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art
Literatur.
Alle nicht lagernden oder wo immer angeforderten Bücher und Zeitschriften werden raschest geliefert.
Inscribieren Sie im
„Sozialdemokrat“

Literatur.
E. Neumann „Das Glück für 1000 Mark“. (Weisbaden, Heimkulturverlag.) Wenn man von dem „heimattraulichen“ Getue abläßt, das dem Büchlein anhaftet, so stellt es einen ganz brauchbaren Leitfaden dar, um sich aus eigener Kraft ein Eigenhüschchen zu erbauen. Der Lehmschleppbau wird beschrieben, einfache Grundrisse und Ansichten geboten, kurz ein Weg angegeben, auf welchem sich ein Arbeiter auf dem Lande selbst bei der Errichtung einer Wohnstätte helfen kann. In der Zeit des entsehligen Wohnungselends darf man solche Broschüren, wie sehr auch ihr messianischer Ton zu verstimmen vermag, aufrichtig begrüßen. —b.—

Bereinsnachrichten.
Touristenverein „Naturfreunde“, Ortsgruppe Prag. Am Sonntag, den 17. Besichtigung der Prager Sternwarte. Treffpunkt halb 8 Uhr bei der Karlsbrücke (Altstadt). Samstag, den 16. Zusammenkunft im „Nizza“. Donnerstag, den 21. um halb 8 Uhr Ausflugsfahrt im Lokale des Vereines deutscher Arbeiter. Silvester eine Vereinstreife in den Böhmerwald oder in das Erzgebirge. Mitglieder, welche daran teilnehmen wollen, mögen sich schon jetzt anmelden. 1922

Mitteilungen aus dem Publikum.
Weihnachts Wunderkerzen
prompt und billig
Unio-Werke
Pilsen
Vertreter für den Prager Kreis: JOSEF POLLAU, Weinberge Rosslava 3, Telefon 210. — Vertreter für den Brünnner Kreis: KARL TANZER, Brünn, Legionárská 15, Telefon 329/IV. — Vertreter für Mittelböhmen: JOSEF TRAJER, Prossnitz, Tel. 332. 1922
Herausgeber: Dr. Ludwig Cjch und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag, für den Druck verantwortlich: O. Solik.

Sie sind daran schuld!
Wenn Ihr Wirtschafts-Geld durch unnötige Ausgaben belastet wird. Warum verwenden Sie an Stelle der teueren Teabutter noch nicht die um die Hälfte billigere Vitello-Delicateß-Margarine? Ganz abgesehen von der Ersparnis, die Sie bei Verwendung der Vitello erzielen, werden Sie finden, daß dieselbe den gleichen Geschmack, die gleiche Ausgiebigkeit und das gleiche Aroma wie Teabutter besitzt. Darum fort mit Ihrem ungründeten Vorurteil! Kaufen Sie noch heute Vitello-Delicateß-Margarine, sonst werden Sie immer Verdruss und Aerger in Ihrem Haushalte haben!

Schuld daran sind Sie!